Einzelnummer 2 K. | 3. Jahr. | Abonne[illegible]

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 34. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 1 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages" reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

Jüdisches Volksblatt

Tit. [illegible] 902 [illegible]schrift Jung[illegible]la [illegible] Prag, Stefanikg. 629.

[illegible] zu dienen — Inserate kosten 30 h für die 8fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Freitag.

Freitag, 30. IX. 1921. | 27. Elul 5681.

Zum Rosch-Haschanah 5682.

„Auf, leuchte, denn es kommt dein Licht!"

Jesaias, 60, 1.

Es gibt ein Buch in unserer heiligen Schrift, das, nach den Worten des nicht jüdischen Erklärers, Duhm, das Herrlichste, Erhabenste, Bedeutendste und Frömmste enthält, es ist das Buch, das die Reden des Propheten Jesaias umfaßt. Wir wollen keine Kritik üben, nicht, nach der Auslegung der Gelehrten und Forscher, von einem Protero-Deutero- ja Trito-Jesaias sprechen, nur die Worte dieses Buches auf uns selbst wirken lassen, — und, ein Wunder tut sich vor unseren Augen auf. Es ist uns, wenn wir die Aussprüche des großen Trösters hören, als tönte eine mächtige Stimme aus der Vergangenheit uns entgegen, erleuchtete uns die Gegenwart und enthüllte uns die Zukunft. Zijon, Jerusalem, sind nicht untergegangen. Trümmer alter Zeiten werden wieder aufgebaut, alte Pracht erneuert sich, hellauf strahlt die Sonne über Judas Volk, der Friedenskünder, der Mewasser Schalom, naht und ihm folgen die zerstreuten Kinder unseres Volkes, an den Händen werden sie herbeigeführt, um den Glanz Zijons mit staunenden Augen zu erschauen. Welch' ein Anblick! Die Finsternis, die über der Erde lagert, schwindet, der Nebel, der die Völker bedeckt, teilt sich, siegreich bricht die Sonne hervor und die Herrlichkeit des Ewigen breitet sich aus über seinem Volke. Hat dieser Seher wirklich nur für seine Zeit gelebt, vor nahezu 2500 Jahren? Sein Wort es rauscht noch heute fort, wie ein Donner er-

rauscht noch heute fort, wie ein Donner er-

tönt es, der Blitz seines Geistes erleuchtet [illegible]

uns und durchdringt die dunkle Zukunft. Zwischen dem Sabbath des Trostes und dem, der unserem Rosch-Haschanah unmittelbar vorangeht, hören wir seine Worte, immer mächtiger schwellen sie an, wie die Akkorde einer gewaltigen Trostes-Symphonie, die kein Beethoven hat erklingen lassen. Dann nähert sich der „Tag des Posaunenschalls" und kündet uns wieder einen Wendepunkt an. Nur den im Dasein des Einzel-

immer mächtiger schwellen sie an, wie die

ein ganzes Volk bildet. Wenn irgend einmal von einem Wendepunkte in der Geschichte eines Volkes gesprochen werden kann, so muß dies Wort, in diesem neuen Jahre, gelten von dem Leben unseres jüdischen Volkes, das ein wunderbares Geschick erlebt. Unsere Augen werden gewürdigt, die Erneuerung Zijons zu erschauen. Welch' ein Hochgefühl, sich sagen zu können, was unsere Propheten erhofften, unsere Dichter ersehnten, zur Tat ist es geworden. Nicht mit wehmütiger Trauer erfüllt uns Jehuda Halewis Sang von Zijon, sondern mit frohgemuter Zuversicht, und, mit kräftigender Hoffnung, lesen wir Jesaias Wort: Wie ich den Himmel und die Erde erneuere, so lebt euere Nachkommenschaft ewiglich fort. Dies gibt dem heurigen Rosch-Haschanah seine ewig denkwürdige Bedeutung. Als des Schophars Ton wieder erschallte, da begann in unserem Staate, jene Versammlung zu tagen, die man in der Tat als den Kongreß des ganzen jüdischen Volkes bezeichnen kann. Aus allen Weltgegenden kamen sie, die Abgesandten unserer Nation, keine Reiseschwierigkeit hielt sie auf, ein Wunder ist's unseren Augen. Und ihrer aller Augen sind auf Zijon gerichtet, auf den geheiligten Boden der Väter. Wieder soll er von jüdischen Bauern bearbeitet der Hammer des Arbeiters soll wieder in der alten Heimat gehört werden, die Hallen unserer Wissenschaft sollen sich wieder auftun: Von Zijon geht die Lehre aus, das Wort des Herrn von Jersolem. Da wollt ihr nun nicht von einem Rosch-Haschanah sprechen? Die Pforte einer alten Zeit schließt sich und die einer neuen tut sich auf. Nun wollen wir der neuen Zeit unseren Glückwunsch darbringen. Ist alte Sitte. Zum neuen Jahre sollt ihr eingeschrieben werden zum guten. Was wünschen sich Menschen? Leben vor allem. Leben wollen wir, aber nicht allein für uns, sondern auch vor allem für unser Volk. Auf den schmalen Pfaden der Selbstsucht wollen wir nicht einherschreiten. „Bin ich nur für mich, was bin ich?" ruft der alte Hillel aus. Und, er sagt auch, „sondere dich nicht von der Menge aus." Die Zeit ist vorüber, in der sich der Jude ins einsame Kämmerlein zurückzog, um dort seinen unfruchtbaren dialektischen Künsteleien sich zu ergeben. Diesen Luxus dürfen wir uns jetzt nicht gestatten. Alle Mann an Bord, das ist der Ruf, der nun an uns ergeht. Alles für unser Volk, Wort, Schrift, Tat in seinen Dienst gestellt. Das ist das Leben, das wünschen wir dem Kinde, das uns neu geboren wurde, unserem neuen Jahre. Man wünscht sich auch Reichtum. Wir denken dabei nicht an die Schätze, welche die Habsucht aufhäuft, wenn auch das Geld in unserer Zeit zur wirklich überragenden Macht geworden. Groß ist des Geldes Gewalt. Und wir werden es zur Aufrichtung unseres Volkes gar sehr brauchen. Es wird viele Thränen trocknen. Denn, wir wollen uns darüber nicht täuschen, das Elend eines Teiles unseres Volkes ist groß, unsäglich groß. Wir erinnern nur an das schauderhafte, barbarische Wort Pogrom, — und alles ist damit gesagt. Man wird die Geldbesitzer an ihre Pflicht erinnern müssen, tun sie es nicht selbst. Wenn wir also Reichtum wünschen, so denken wir an das reiche jüdische Herz, das zu spenden versteht, das Thränen trocknet, Herzen erquickt, Gebeugte aufrichtet, Trauernde tröstet. Ein an Liebe reiches Leben, ein Leben wohlwollender, starker Tatkraft, wünschen wir unserem Volke zum Rosch-

Haschanah [illegible] unserem Volke zum Rosch-

Haschanah. Und Ehre wünscht man sich. Ehre und keine Ehren, Würde und keine Würden. Unsere Menschenwürde wollen wir uns wahren, die Ehre unseres Volkes nicht beflecken und von niemand beflecken lassen. Leben, Reichtum, Ehre, man hält sie für Vergängliches Gut. Aber auch das vergängliche Gut kann zu einem beständigen, ewigen werden, wenn wir es nur zu einem solchen gestalten. — Wir halten dem vergangenen Jahre einen Nachruf und rufen dem neugeborenen unsere Wünsche zu. Nur unter seinem Schutze kann unsere große Sache, die des jüdischen Volkes, gedeihen. Friede, besonders in unserer Mitte. Nicht, als scheuten wir die Parteien, wohl aber die Parteiungen. Wir haben durch sie viel zu leiden gehabt. Glaube ja niemand, er habe ein, wie man es nennt, Patent auf das Judentum. Dies mögen sich die merken, die sich Zijonswächter zwar nennen, es aber durchaus nicht sind. Ihre Streitigkeiten führen sie angeblich im Namen des Judentums, aber in Wirklichkeit mißbrauchen sie dessen Namen. Jeder ist uns willkommen, der sich in den Dienst unseres Volkes stellt. Friedlich wollen wir alle zusammenwirken, uns der Erneuerung unseres Volkes freuend. Friede von außen, Friede im innern sei uns beschert. Unduldsamkeit, was man jetzt Chauvinismus nennt, sei uns ferne. Wir hatten unter diesem Artikel genug zu dulden und zu leiden. Nein, wir schließen niemand aus und lassen jeden nach seiner Fasson selig werden, auch die, welche im fremden Volkstum ihr Genüge finden. Aber in Ruhe sollen sie uns lassen, für unser Volk werden wir selbst Sorge tragen. „Israel zu Deinen Zelten", der alte Ruf ertönt von neuem, und gierig lauschten wir ihm. So komme es denn, das neue Jahr und erfreue uns mit seinen Früchten. Zuversichtlich blicken wir ihm entgegen. Dies ewig besiegte und immer wieder siegende, ewig unterliegende und wieder auflebende Juda, es stirbt nicht. Aus unversieglichen Quellen schöpft es stets neue Kraft, der Stab Aharons grüßt und blüht und trägt neue Früchte. Im Zeichen des jüdischen Welt-Parlaments grüßen wir dich, neues Jahr 5682. Ziehe ein in unsere Mitte, unter den Tönen des alten Schophars. Er erwecke uns, belebe uns, feuere uns an zu neuen Kämpfen, guten Taten, herrlichen Siegen. Alles kann man uns nehmen, nur die Hoffnung nicht. Und Zijon ist unsere Hoffnung. Sie kräftigt die Jugen, erfreut die Alten. Mit unseren Jungen und Alten vorwärts, aufwärts und wir werden das Land in Besitz nehmen. Seid stark und dessen Früchte werden unser sein. Unter günstigen Zeichen beginnt das neue Jahr. Sein Morgenrot leuchte einem befreiten und freien Volke. „Auf leuchte, denn es kommt dein Licht und die Herrlichkeit des Ewigen, ergänze die Juda", zum neuen Jahr.

Dr. M. Grünfeld.

Die Araber und die jüdische Gemeinwirtschaft.

Von Robert Weiß, Frankfurt a. M.

Aus einem demnächst erscheinenden Buche „Die palästinensische Zentralbank und ihre Kooperativen" stellt uns der Verfasser das nachfolgende Kapitel zur Verfügung.

Soll nicht die jüdische Wirtschaft durch Arabereinfälle, also durch außerökonomische Hindernisse jederzeit gefährdet sein, so wird ein Weg gefunden werden müssen, **um die Araber in organische Verbindungen mit der jüdischen Gemeinwirtschaft zu bringen.**

Jede Untersuchung der Araberfrage, die nicht oberflächlich geführt wird, muß als Endergebnis nachweisen können, daß Otto Bauer's allgemeine These „Nationalitätenkampf ist transformierter Klassenkampf" auch für unseren Spezialfall gültig ist. Die religiösen und kulturellen Differenzen zwischen Arabern und Juden sind zwar sehr wesentliche Komponenten der antijüdischen Bewegung im Lande, aber sie könnten

schen Bewegung im Lande, aber sie könnten

niemals praktisch wirksam werden, wenn nicht tiefgreifende Interessengegensätze ökonomischer Natur, die wir ohne Uebertreibung als Klassenkämpfe bezeichnen dürfen, vorhanden wären. In diesem Zusammenhange kann eine eingehende Analyse der palästinensischen Gesellschaft nicht gegeben werden, eine Skizze ihrer Ergebnisse wird genügen.

Vier soziale Schichten kämpfen gegen einander um die politische und wirtschaftliche Machtstellung im Lande: Die arabischen Großgrundbesitzer (die „Effendis"), die jüdischen Unternehmer (die „Kolonisten"), die arabischen Zwergbauern (die „Fellachen"), die jüdischen Arbeiter. Zeitweilige Verbindungen zwischen einzelnen dieser vier Schichten der palästinensischen Gesellschaft können uns darüber nicht hinwegtäuschen, daß die Interessen aller dieser Schichten so lange unvereinbar sein müssen, als die kapitalistische Wirtschaftsordnung, bezw. das Feudalsystem, die jüdische und arabische Produktion regelt. Die ökonomischen Interessen der jüdischen Kapitalisten sind jenen ihrer jüdischen und arabischen Arbeiter entgegengesetzt. Die ökonomischen Interessen der Effendis verlangen die Ausbeutung des armen unwissenden Fellachen. Jeder Dunam, den jüdische Arbeiter im Lande bebauen, erhöht zwar den allgemeinen Wert des Bodens, vermehrt aber direkt und indirekt den Wohlstand der Fellachen und mindert damit die Ausbeutung und den Grundrentenbezug seitens der Effendis. Das kapitalistische Konkurrenzsystem aber hetzt nicht nur Klasse gegen Klasse, sondern verlangt den erbittertsten Kampf zwischen den Angehörigen ein und derselben Klasse: der jüdische Unternehmer muß die arabische Produktion aus dem Markte verdrängen, wenn ihn nicht selbst das gleiche Los erwarten soll. Der jüdische Arbeiter muß mit allen Mitteln, mit Opferfreudigkeit, Entbehrung und rationellem Wirtschaften es erreichen können, um annähernd gleiche Löhne wie die Araber arbeiten zu können. Die religiösen und nationalen Gegensätze verschärfen diese wirtschaftlichen Kämpfe und erscheinen dem oberflächlichen Beobachter als die letzte Ursache alles Streites mit den Arabern. Deswegen ist für manche Zionisten die Araberfrage letzten Endes nur mit Machtmitteln „lösbar", die Bajonette der englischen, bezw. jüdischen Truppen sollen die Fellachen in Schach halten. Ein Prohibitivmittel, das kaum für den heutigen Tag genügt, die Krankheitskeime nicht aus der Welt schafft, sondern im Gegenteil noch ernährt. Das Ziel unserer Araberpolitik, der Friede im Lande kann nur dann erreicht werden, wenn es uns gelungen ist, die wirtschaftlichen Ursachen des Interessengegensatzes zwischen Juden und Arabern aufzuheben. Da diese Konflikte mit der Beibehaltung des Kapitalismus, bezw. Feudalsystems untrennbar zusammenhängen, wäre also konsequenter Weise der wirtschaftlichen Nutzung jüdischer und arabischer Arbeitskräfte durch jüdische Unternehmer, der Ausbeutung arabischer Zwergbauern durch arab. Großgrundbesitzer ein Ende zu machen. Denn ein Klassengegensatz zwischen freien jüdischen Arbeitern und freien arabischen Bauern ist undenkbar. Aber weder Kapitalismus noch Feudalsystem können angesichts der heutigen politischen und kulturellen Zustände abgeschafft werden. Verbleibt also als Uebergangsziel einer zionistischen Araberpolitik die möglichste Minderung der wirtschaftlichen Gegensätze. Dies kann von zwei Seiten aus mit Erfolg erreicht werden.

Einerseits durch ein Abkommen zwischen den Effendis und der zionistischen Organisation. Derartige Bestrebungen sind bereits im Gange: die Araberdelegation, die im Juli nach London fuhr, um die Aufhebung der Balfour-Deklaration zu verlangen, soll nach einer Meldung mit der Exekutive der zionistischen Organisation in Verhandlungen [illegible] treten. Eine Versöhnungspolitik der [illegible] wird von Tag zu Tag ihnen selbst [illegible] denn nach übereinstimmenden Berichten [illegible] Palästina sollen sich die ökonomischen [illegible] hältnisse der Fellachen dank der gere[illegible] englischen Verwaltung bedeutend gebessert haben. Die türkische Mißwirtschaft lieferte die

Fellachen völlig der Habgier der Effendis und

Fellachen völlig der Habgier der Effendis und der Steuerpächter aus. Jetzt verbleibt den Fellachen bereits ein beträchtlicher Teil seines Arbeitsertrages. „Der Fellache bekommt . . . Appetit zum Bodenkauf, anderseits wird es dem Effendi in den neuen politischen und ökonomischen Umständen immer schwerer seinen eigenen Boden zu bewirtschaften und eine erträgliche Rente herauszuschlagen. Dies wird den Effendi zum Bodenkauf zwingen." (Anmerkung 1). Für die nächste Zeit kommen aber nur der J. N. F. und jüdische Kapitalbesitzer als Käufer arabischen Bodens in Betracht. Daher werden — wie Dr. Leviti richtig folgert — die Effendis sich mit der jüdischen Immigration abfinden, ja sie wird ihnen sehr willkommen werden, da sie allein den Grundbesitzern es möglich machen wird, durch Bodenverkauf bedeutende Summen zu erwerben. Eine kluge Politik der zionistischen Organisation, bezw. des jüdischen Bürgertums im Lande, wird den Effendis bald zu verstehen geben, daß an ihrer wirtschaftlichen Notlage nicht die einwandernden Juden sondern vor allem die Auswirkungen einer guten englischen Regierung Schuld tragen. Daher wird es für die Effendis am besten sein, zu retten, was noch zu retten ist und mit dem jüdischen Kapital eine Alliance zu schließen.

Es mindern sich also die Interessengegensätze durch einen Ausgleich zwischen den nationalen Gruppen innerhalb der besitzenden Klassen. Ein weiterer Teil des Konfliktstoffes wird aber durch Friedensbemühungen der Besitzlosen im Lande verringert werden können. Zunächst durch die Bildung jüdisch-arabischer Gewerkschaften.

Ansätze zu jüdischen Gewerkschaften sind im Lande bereits vorhanden, aber arabische Gewerkschaften? Ist dem arabischen Arbeiter die europäische Gewerkschaftsidee überhaupt verständlich zu machen? Wenn das zivilisatorische Niveau des Fellachen auch weiterhin niedrig gehalten wird, so ist wenig Aussicht dafür vorhanden, daß das solidarische Handeln einer einzigen Organisation sofort an die Stelle der egoistischen wirtschaftlichen Bestrebungen Tausender von Fellachen wird treten können. Aber wenigstens die Intelligentesten unter den Fellachen werden den Gewerkschaftsgedanken in ihrer Weise umprägen und unter die Masse verbreiten. Jüdische und

---

Anm. 1) Dr. M. Levite-Bath-Schlomoh in der „Jüd. Rundschau" Nr. 62 vom 5. 8. 21

arabische Gewerkschaftler werden eine harte, aber überaus fruchtbringende Organisationsarbeit zu leisten haben. Denn wenn die organisierten Fellachen den Lohn des jüdischen Arbeiters nicht mehr unterbieten und umgekehrt der Lohn des Fellachen auf das Niveau der jüdischen Arbeit gleicher Kategorie gehoben wird, dann gibt es keine Interessengegensätze mehr zwischen den arabischen und jüdischen Lohnarbeitern.

Obwohl das Vorhandensein einer mächtigen jüdisch-arabischen Gewerkschaft nicht für die nächste Zeit zu erwarten ist, sollen dennoch einige Details besprochen sein:

Otto Bauer untersucht im 33. Paragraphen seines Werkes*) die nationale Frage in den Gewerkschaften. Obwohl er von den altösterreichischen Verhältnissen, speziell vom Gegensatz zwischen Deutschen und Tschechen ausgeht, so gelangt er zu allgemeingültigen Ergebnissen, die auch für unseren Spezialfall Juden-Araber in Betracht kommen. Bauer führt aus: Bei der Untersuchung der Bedürfnisse der Gewerkschaften und ihrer Arbeitsgebiete müssen wir die **internationalen** ökonomischen Aufgaben der Gewerkschaften trennen von den national differenzierten. Die ersteren verlangen die unbedingte Zentralisation der Finanzen der Gewerkschaft, also einheitliche Verwaltung, da man nicht jedem Lokalverband Vollmacht geben kann, selbständig Konflikte herbeizuführen, die die Finanzen der Landesgewerkschaft stark in Anspruch nehmen würden. Dagegen verlangt die gewerkschaftliche Agitation Erziehungs- und Kulturarbeit, Presse und Bibliothekswesen national-differentierte Mittel. Demgemäß ist zu fordern: Einheitliche Verwaltung der internationalen ökonomischen Gewerkschaftsaufgaben! Nationale Autonomie auf dem Gebiete der kulturellen Er[illegible]ungsaufgaben der Gewerkschaft! Einheitliche internationale Verwaltung, aber besondere nationale Kontrolle (Kulturkommissionen, [illegible]kommissionen usw.), auf jenen Gebieten [illegible]schaftlicher Tätigkeit, wo sich die [illegible]schaft zur Erreichung ihrer internationalen ökonomischen Aufgaben national-differe[illegible]ter Mittel bedienen muß." Bauer ver[illegible] schließlich eine einheitliche Landes- ([illegible] Reichs-)Gewerkschaftskommission, welche die Arbeit der nationalen Sektion leitet. In den einzelnen Orten aber erfordert die ge-
werkschaftliche Tätigkeit unbedingt das Vor-
In den einzelnen Orten aber erfordert die ge-
werkschaftliche Tätigkeit unbedingt das Vor[illegible] sammlung aller Gewerkschaftsmitglieder bezw. eines internationalen Ortskartells.

Akut wird dies für Palästina in der einen oder anderen Form erst in einiger Zeit werden, aber bis dahin werden wenigstens alle jüdischen Arbeiter und die Mehrzahl der in jüdischen Diensten stehenden Fellachen organisiert sein müssen. Die englische Verwaltung, die vom Heimatland aus die Bedeutung und Funktion der Gewerkschaften kennt, wird uns keine Schwierigkeiten machen dürfen. Der Unterstützung der „Labour Party" sind wir in dieser Frage gewiß.

Jedenfalls aber werden die Mitglieder arabischer, bezw. arabisch-jüdischer Produktivgenossenschaften gewerkschaftlich organisiert sein. Der Zentralverband palästinensischer Arbeitergenossenschaften (1) wird nämlich gleichzeitig die internationale, gewerkschaftliche Organisation des Landes bilden. —

Ein Aufsatz von Ammiel **Maccat** (2) ist in der politischen Diskussion leider unbeachtet geblieben, obwohl er ein wirksames Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage andeutet. Maccat weist nach, daß eine Nationalisierung des jüdischen Bodens und der jüdischen Produktionsmittel das Araberproblem niemals aus der Welt schaffen würde. Der Verfasser verlangt eine **allgemeine Sozialisierung** alles palästinensischen Bodens und aller sonstigen palästinensischen Produktionsmittel. "Da aber die Sozialisierung als allgemeines Landesgesetz wird eingeführt werden müssen, so werden die Araber nicht nur die Möglichkeit haben, ein von jeder kapitalistischen Ausnützung durch ihre Effendis freies wirtschaftliches Leben zu führen, **sondern nach jüdischem Muster eigene Genossenschaften mit den Vorzügen ihres Großbetriebes, eigene Industriedörfer usw. zu bilden oder sich als Mitglieder von jüdischen Genossenschaften aufnehmen zu lassen, worin sie selbstverständlich nationale und kulturelle Minoritätsrechte genießen werden,** entsprechend der Gerechtigkeit, dem neuen Zeitgeist und den Ansprüchen die die Juden selbst in den Ländern des Galuth mit Recht erheben."

*) „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie", 2. Band der Marxstudien. Wien 1907, Verlag der Volksbuchhandlung Ignaz Brand.

1) Näheres darüber im 5. Kap. meines Buches „Die palästinensische Zentralbank und ihre Kooperativen".

2) Im Palästinaheft der „Arbeit" vom Jahre 1919, dem Organ des deutschen Hapoel-Hazair.

Eine allgemeine Sozialisierung in Palästina ist für absehbare Zeit unmöglich. Man kann nicht sozialisieren, wenn nichts zum Sozialisieren vorhanden ist; die Betriebsmittel der Juden müssen ja erst ins Land kommen, und über die Betriebsmittel der Araber haben wir kein Verfügungsrecht und keine Verfügungsgewalt. Der Gedanke der Bildung arabischer, bezw. arabisch-jüdischer Genossenschaften erscheint mir aber zum Ausbau geeignet. In ihm schlummert die Lösung der Araberfrage.

Das Solidaritätsprinzip ist dem Araber wie dem Orientalen überhaupt nicht unbekannt. Die Sippe, die Großfamilie soll nach wie vor die soziale Grundeinheit geblieben sein, natürlich nur in jenen Gegenden, die sich dem orientalischen Lebensrhythmus erhalten haben. Das Solidaritätsprinzip umspannt aber auch die Territorialgenossenschaft, die Ortsgemeinde. Sie ist in manchen Fellachendörfern Wirtschaftsgenossenschaft. **„Hinsichtlich der Dorfverfassung haben wir wenigstens in den altarabischen Dörfern ein ähnliches Bild vor uns wie in der Feldgemeinschaft des germanischen Dorfes. . . . .** Nur haben wir es in Palästina durchgehends mit der Zweifelderwirtschaft zu tun, **im Uebrigen kennt man die Genossenschaft, arabisch Hamule, auch hier.** Von ihr wird das Feld gemeinsam bewirtschaftet, **auch die bekannte** Erscheinung des Flurzwanges findet sich in der arabischen Landgenossenschaft. Infolgedessen sind die Mitglieder einer Hamule gezwungen, die verschiedenen Wirtschaftsarbeiten auf dem Felde zusammen innerhalb einer einer bestimmten Zeit auszuführen." (*) Die Genossenschaft als Wirtschaftsform dürfte also dem Araber nicht fremd sein.

Die Araberfrage ist letzten Endes eine Fellachen- und keine Effendifrage. Beweisen wir ernsthaft der Majorität der Araber, daß wir Orientalen, Juden, Brüder sind, daß wir sie im politischen und wirtschaftlichen Kampfe gegen ihre Feudalherren unterstützen, dann werden wir uns nicht nur viele der heutigen Gegner zu Freunden machen, sondern Bundesgenossen im Endringen gegen die arabischen und jüdischen **Ausbeuter** der Fellachen **finden.**

Wir müssen die Fellachen in unseren Wirtschaftsorganismus eingliedern. Das kann auf zweierlei Wegen geschehen: 1. durch
Bildung arabischer Genossenschaften. 2. durch
kann auf zweierlei Wegen geschehen: 1. durch
Bildung arabischer Genossenschaften. 2. durch Bildung arabisch-jüdischer Genossenschaften.

Solange die kaufkräftige Bevölkerungszahl des Landes nicht anwächst, werden viele Produkte auf extensive arabische Art hergestellt werden müssen, weil sich eine rationelle aber kostspieligere europäische Produktion nicht rentieren würde. Z. B. sind handgewebte Kleider und Leinwand in Palästina zu Preisen erhältlich, die unglaublich niedriger sind als europäische Waren gleicher Schönheit und gleicherer Güte. Die arabischen Frauen weben als Nebenbeschäftigung und schätzen ihre Zeit sehr niedrig ein. Jeder Palästinenser wird ferner Beschäftigungen aufzählen, die von Juden im allgemeinen ungern oder schlecht ausgeführt werden. In diesen und anderen Fällen ergibt sich von selbst die Notwendigkeit einer genossenschaftlichen Organisation der arabischen Arbeit. Daher wird die Schulung **einer genügenden Anzahl von arabischen Vorarbeitern** ebenso Aufgabe der jüdischen Gemeinwirtschaft sein wie die **Kredithilfe** an diese arabischen Zellen im jüdischen Wirtschaftsorganismus. Die arabischen Genossen werden keinen jüdischen und keinen arabischen **Herrn haben, sie werden für eigene Rechnung unter der Leitung eines gewinnbeteiligten Vorarbeiters arbeiten, der ihnen vom gewerkschaftlichen Fachverband zugewiesen wird.** Die einfachen Fellachen werden in der ersten Zeit diese Wandlung des Arbeitsverhältnisses nicht vollständig erfassen. Hauptsache ist dann, daß wir einen Stab wirtschaftskundiger arabischer Vorarbeiter bekommen. Sobald aber die jüdischen Genossenschaften nur einigermaßen wirtschaftlich gesichert sind, dann werden arabische Kooperativen auch für solche Fachverbände gegründet werden müssen, in denen bisher die jüdische Arbeit vorherrschte oder ausschließlich verwendet wurde. Je stärker die jüdischen Genossenschaften sein werden, desto mehr wird auch die Zahl ihrer arabischen Arbeitsgenossen anwachsen. Der wirtschaftliche numerus clausus für arabische Arbeit innerhalb der jüdischen Gemeinwirtschaft muß sich organisch zuletzt aufheben. Die Araberfrage bedeutet nicht Ausschaltung, sondern unschädliche Eingliederung der arabischen Arbeit in dem jüdischen Wirtschaftsorganismus. Das letzte Endziel ist die **palästinensische**, die jüdisch-arabische Gemeinwirtschaft.

*) Curt Nawratzki, Die jüdische Kolonisation Palästinas, München 1914, Verlag Ernst Reinhardt, S. 61. — Inwieweit die Hamule mit der Pachtung staatlichen Ackerlandes (ardmüri) durch ein ganzes Dorf zusammenhängt, kann mangels ausführlichen Materials hier nicht untersucht werden. Jedenfalls ist es auffällig, daß das Genossenschaftsprinzip insofern teilweise wieder durchbrochen wird als die einzelnen Teile des gemeinsam gepachteten Landes unter den Familien des Dorfes verlost und aufgeteilt werden. Es ist aber möglich, daß die schon der Bibel bekannte Bodenverlosung mit der Hamule nichts zu tun hat.

Sollte mangels jüdischer Arbeitskräfte, bezw. gleichwertiger jüdischer Arbeit, sich in einzelnen jüdischen Genossenschaften die Verwendung von Fallachen als notwendig erweisen, so wird dies auf streng genossenschaftlicher Grundlage geschehen. Auch die letzten Spuren des kapitalistischen Lohnsystems werden aus unseren Genossenschaften entfernt werden müssen. Der in jüdischen Genossenschaften arbeitende Araber ist Chaver, ist Genosse und besitzt daher alle Rechte und Pflichten eines jüdischen Genossen, **er bezieht den** vollen Lohn und Gewinnanteil eines jüdischen Genossen der gleichen Arbeitskategorie. **Araberarbeit kann also innerhalb der jüdischen Gemeinwirtschaft niemals billiger sein als jüdische Arbeit.**

Naturgemäß ist in der ersten Zeit diese Verwendung arabischer Arbeitskräfte sehr begrenzt. Aber selbst ein geringes Vorhandensein arabischer und arabisch-jüdischer Genossenschaften innerhalb unserer Gemeinwirtschaft dürfte den wirksamen Beginn einer Lösung der Arbeiterfrage zur Folge haben. Denn wenn wir den ausgebeuteten Fellachen werden Arbeitsmöglichkeiten geben können, die ihm den vollen Arbeitsertrag abwerfen, dann wird bald das Fellachenproblem verschwinden und nur das Effendiproblem verbleiben. Unsere politisch und ökonomisch freien arabischen Genossen werden aber Bundesgenossen im gemeinsamen politischen und ökonomischen Kampf gegen die Effendis sein. Das arabische Feudalsystem wird ebenso ruiniert werden wie der jüdische Kapitalismus, wenn kein Araber und kein Jude mehr gezwungen sein wird, Lohnarbeit zu verrichten. Wenn der Segen genossenschaftlicher Eigenarbeit alle Bewohner des Landes zu einem solidaren Ganzen zusammenschweißen wird. **Dann wird Friede im Erez Israel sein, weil die letzte Ursache aller Kriege, der Brotneid aufgehört haben wird, den Juden und den Araber gegeneinander zu hetzen. Das Wort vom arabischen Bruder wird keine Phrase sein, sondern Wahrheit werden.**

sein, sondern Wahrheit werden.

Zur Weltkonferenz der zionistischen Studentenschaft.

Von Ing. Paul Hein.

Die Weltkonferenz der zionistischen Studentenschaft, welche bekanntlich vor Eröffnung des XII. Zionistenkongresses in Karlsbad tagte, hat — das können wir wohl ruhig behaupten — positive Erfolge gezeitigt.

Aus fast allen europäischen Ländern und auch aus Amerika waren Studentenvertreter zusammengekommen, alle v. demselben Willen beseelt, vom Willen zur Arbeit. Die Grundfrage, in welche die meisten Referate und Diskussionen ausgingen, war stets dieselbe: Wie können wir schon jetzt entsprechend unseren Kräften und entsprechend den Möglichkeiten am Regenerationswerke unseres Volkes mittun und mithelfen?

Dieser Arbeitswille dürfte zum Teile auch Reaktion auf die Erkenntnis gewesen sein, daß die Tätigkeit der zionistischen Studentenschaft in den vergangenen Jahren in vielen Ländern nichts weniger als zufriedenstellend war. Unsere Kameraden in Amerika, Holland und auch in Deutschland hatten sich allerdings schon früher entschieden; denn die Studenten in diesen Ländern waren im vergangenen Jahren fest an der Arbeit. Sie wünschen wohl auch, daß manches anders werde, sie streben danach die Geschehnisse in ihrem Sinne zu beeinflussen und nach ihrem Willen zu gestalten. Sie warten aber nicht ab — sie warten nicht bis ihnen die Bewegung wieder das und jenes geben, sie warten nicht bis in der Bewegung wieder diese oder jene Strömung einsetzen wird; sie nehmen die Wirklichkeit wie sie ist und — arbeiten.

Vornämlich ihre Ausführungen waren es, die was reale Arbeit und Organisierung dieser Arbeit anbelangt, erfreuliche Resultate aufwiesen. Besonders dem Referate Olitzkis wurde mit erhöhter Aufmerksamkeit gefolgt, dies deshalb, weil es in vielen Studenten neue Zuversicht in Bezug auf die Jugendbewegung in ihrem Lande erweckt hat. Olitzki, ein Blauweißer und Angehöriger des Kartells jüdischer Verbindungen (K. J. V.) sprach über die Jugendbewegung in Deutschland. Er erzählte zunächst von dem Innenleke und von den Ideen, die der Blauweißgemeinschaft in Deutschland während des Krieges und kurz nach dem Kriege zu Grunde lagen. Er berich**tete von der Krise in der jüdischen Jugend**bewegung in Deutschland, von Gründen, die diese Krise herbeiführen mußten. **Damals** war es unter anderen auch verpönt sich in den bestehenden zionistischen Hochschulvereinigungen zu organisieren.

All das uns wohlbekannte Mitteilungen, all das galt und gilt auch heute noch für tschechoslowakische Verhältnisse. Neu war, wenn ich so sagen kann, die Selbsterkenntnis und die Konsequenz, die aus dieser Erkenntnis resultierte. Das K. J. V. mit seinen 1600 Mitgliedern, das in allen größeren Hochschulstädten Deutschlands seine Vereinigungen hat, zählt heute eine große Zahl Blauweißer zu seinen aktiven Mitarbeitern. Das K. J. V. weiß, daß sein Nachwuchs zum großen Teil aus dem Blauweiß hervorgehen wird. Die Aeußerlichkeiten die an deutsches Verbindungswesen erinnerten, waren allerdings schon früher abgelegt worden; lediglich die Formen, die gedeihliche intensive und kamedadschaftliche Arbeit ermöglichen, wurden beibehalten.

Die Blauweißen in Deutschland hatten gesucht, geprüft und waren dann ins K. J. V. eingetreten.

Und bei uns? Noch immer Krise!

Seit drei Jahren in der zionistischen Studentenschaft nichts als negative Kritik, seit drei Jahren hören wir immer nur wie es nicht gemacht werden soll, seit drei Jahren warten wir vergeblich auf neue Formen auf neue Wege, die uns die Kritiker zeigen, die sie uns weisen würden, die wir gerne gegangen wären. Wir wollen's jetzt sagen!

Wir haben in den vergangenen Jahren in den Hochschulvereinigungen auch manches das uns gut schien aufgeben wollen, wir haben versucht durch persönlichen Kontakt scheinbare Mißverständnisse aufzuklären, wir wollten neue Gruppen schaffen, alles Versuchen um im Interesse der Bewegung die zionistische Studentenschaft zusammenschließen, die zionistische Jugend zusammenfassen. Und der Erfolg unserer Bemühungen? **Die Zahl der zionistischen Hochschüler ist groß, die Mitgliederzahl der zionistischen Hochschülervereinigungen verschwindend klein; in den Turnvereinen wenige — fast gar keine Akademiker. Ueberall „Ich Naturen", für die man weiß Gott was schaffen, denen man weiß Gott wie entgegenkommen könnte und die doch nicht**
mittun würden. Einige wenige unter ihnen
entgegenkommen könnte und die doch nicht
mittun würden. Einige wenige unter ihnen haben wirklich für sich selbst gearbeitet, wieder anderes gelegentlich in Versammlungen und Zeitschriften nein gesagt und das nein zu begründen versucht. Sie haben in den vergangenen Jahren für sich sehr wenig, für die Allgemeinheit gar nichts getan. Und endlich die große Menge, die aus denselben Gründen nein sagt, nichts für sich und nichts für die andern schuf. Ich wiederhole — einige wenige in ihren Anschauungen und Handlungen wirklich ideale Jungen, der große Rest — unbewußte Egoisten.

Wir haben in Karlsbad eine Menge Aufgaben erörtert, die die zionistischen Studenten durchzuführen hätten, seine Fülle Arbeit, die sie schon im kommenden Jahre für Palästina zu leisten vermögen. Die Referate, die zu Beginn des Semesters in den Hochschulstädten über die Konferenz gehalten werden, dürften darüber detailliert berichten. Die Zentralisierung dieser Arbeiten ist durch die Tätigkeit der Exekutive des zionistischen studentischen Weltverbandes gewährleistet. Die für deren Durchführung in der Tschechoslowakei notwendigen organisatorischen Vorbedingungen sind geschaffen. Der Landesverband der zionistischen Studentenschaft in der Tschechoslowakei ist gegründet, in Prag und Brünn die Zentralausschüsse der zionistischen Akademiker — die Exekutiven der lokalen zionistischen studentischen Gruppen — ins Leben gerufen; in Preßburg wird mit Beginn des kommenden Semesters die zionistische studentische Gruppe ihre Arbeit beginnen.

Sollen diese Organisationen mit Leben erfüllt werden, sollen diese Organisationen so arbeiten wie sie es müßten, dann kann und darf der Großteil der zionistischen Studenten nicht wieder abseits stehen, dann können und dürfen die Studeten nicht wieder untätig zusehen wie immer nur einige wenige zu arbeiten versuchen; sie sollen gewiß prüfen und überlegen, dann aber in bestehende Hochschulvereinigungen eintreten oder neue schaffen.

Wenn so die zionistische Studentenschaft der Republik auch nur ein Jahr lang alle latenten Kräfte, die in ihr schlummern, der Bewegung dienstbar macht, dann wird sie nicht nur alle Beschlüsse der Studentenkonferenz verwirklichen, sondern auch dazu beitragen die gesamte zionistische Arbeit in unserer Landsmannschaft neu zu beleben und mithelfen diese Arbeit um ein schönes Stück vorwärts zu bringen.

Nicht bei Seite stehen, nicht abwarten, sondern organisierte Mitarbeit verlangt die Gegenwart auch von der zionistischen Jugend in der Tschechoslowakei.

Die proletarischen Parteien am Zionistenkongreß.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" vom 21. September 1921 schreibt unter obigem Titel folgenden Artikel:

S. W. Karlsbad, 15. September.

Heute früh wurde der XII. Zionistenkongreß geschlossen. Die Beratungen, die vom 1. bis 15. September geführt wurden, hatten große Bedeutung für das jüdische Proletariat. In Rußland, Polen, in der Ukraine zwingen die drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse und die ständige Pogromgefahr Hunderttausende von Juden zur Auswanderung, die allgemeine Weltkrisis ruft allgemeine Weltarbeitslosigkeit hervor, so daß den jüdischen Arbeiter- und Handelsmassen kein europäisches und amerikanisches Land zur Einwanderung und produktiven Arbeit offen steht. In dieser Zeit war es Pflicht der zionistischen Organisation, ihrer Führer und ihrer Million Mitglieder, alle politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen zu einer produktiven jüdischen Arbeit in Palästina zu erfüllen. Die zionistische Bourgeoisie aber vergeudete einen Großteil ihrer Kräfte in unfruchtbarem Kampfe um Ideologien und Personen, so daß trotz aller politischer Scheinerfolge die politische und wirtschaftliche Position der jüdischen Kolonisation in Palästina im allgemeinen und der Arbeiterschaft im besonderen nach wie vor recht ungünstig ist. Bestände nicht in Palästina eine Kerntruppe von zielbewußten jüdischen Arbeitern, so könnte die zionistische Organisation nicht einmal von dem wenigen, was bisher in Palästina erreicht wurde, berichten.

Daß die jüdische Arbeiterschaft und ihre Führer unter diesen Umständen gezwungen sind, einen großen Teil der positiven zionistischen Arbeit allein zu leiten, zeigte sich auch am Karlsbader Zionistenkongreß. Speziell in den Kommissionen waren es die Arbeitervertreter, die soweit es die Machtverhältnisse gestatteten, bestimmenden Einfluß auf die konkrete Ausgestaltung der Kolonisationspläne nahmen und sich dabei ihrer palästinensischen Erfahrungen bedienen konnten; viele bürgerliche Delegierte [illegible] ihre Hauptaufgabe darin, gegen die Arbeiterschaft und ihre aufblühenden genossenschaftlichen Wirtschaftseinrichtungen zu kämpfen. Zur Vorberatung des Kongresses fand am 30. August eine Konferenz der Arbeiterparteien statt, an der auch der allweltliche Verband Poale Zion teilnahm. Diese Konferenz zeigte bereits die politische Gruppierung innerhalb der 110 Arbeitervertreter des Kongresses, an der einen Seite die entschieden sozialistisch gerichteten Parteien Poale Zion und Zeire Zion, auf der anderen die vereinigten sozialreformatorischen Organisationen Hapoel Hazair und der rechten Zeire Zion. Das sachliche Material des Kongresses wurde durchberaten, nachdem Agronom Oettinger seine Kolonisationspläne entwickelt hatte. In der Diskussion traten besonders hervor die palästinensischen Delegierten der Poale Zion Jawnieli, Lewkowitz und Katznelson mit ihren wertvollen Erfahrungen in der genossenschaftlichen Wirtschaft. Sehr deutlich wahrnehmbar war der gewaltige Unterschied zwischen dem klassenbewußten jüdischen Arbeiter, der die zionistische Organisation als einen Notarbeitverband auffaßt, und den Parteien die sich auf Tod und Leben ihr verschworen haben und zu jeder positiven Kritik des Zionismus daher unfähig sind.

In der politischen Generaldebatte des Zionistenkongresses bekämpfte der palästinensische Arbeiterführer B. Katznelson die gefährliche Politik des englischen Oberkommissärs von Palästina Herbert Samuel, der, als im Frühjahr die Araber Pogrome auf Juden veranstalteten, in die Welt die Lügenmeldung hinaussendete, daß die „jüdischen Bolschewiki" die Schuld am Pogrom treffe, der linksradikale Juden aus dem Lande wies und arabische Pogromhäuptlinge nicht bestrafte. Katznelson wiederholte die alte Friedensbotschaft des arbeitenden jüdischen Volkes an das arbeitende arabische Volk. Die nationale Autonomie für beide Völker Palästinas sei der einzige Ausweg aus dem Konflikt zwischen den verhetzten Arabern und den Juden des Landes. Der zweite Redner der jüdischen Arbeiterpartei Poale Zion Kaplanski verwies auf die wertvolle Unterstützung, die die englischen Sozialisten, die Labour Party, dem jüdischen Proletariat in seinem Kampf um produktive Arbeit im eigenen Land zuteil werden lassen. Die Kolonisationsdebatte wurde durch ein Referat Dr. Arthur Ruppins eingeleitet, der seit Jahren die positive Palästinaarbeit der zionistischen Organisation leitet und mit der Arbeiterschaft des Landes die besten Beziehungen unterhält. Er setzte sich für eine jüdische Kolonisation ein, die im wesentlichen auf der Eigenarbeit beruht und sich in weitgehendem Maße genossenschaftlicher Methoden bedient, ohne jedoch die Genossenschaft zum dogmatischen Organisationsprinzip zu machen. Ueberaus wertvoll war ein Kolonisationsplan, den der palästinensische Arbeiter S. Lewkowitz auf Grund der bisherigen Erfahrungen verfaßte. Der jüdisch-sozialistische Arbeiterverband Poale Zion legte dem Kongreß diesen Siedelungsplan vor. Es soll eine landwirtschaftliche Großgenossenschaft im Tale Jesreel gegründet werden, die nach Möglichkeit alle Subsistenzmittel im eigenen Betrieb erzeugt. Sie wird daher Ameliorations- und Landarbeiter, Geflügel- und Bienenzüchter, Hirten, Gärtner, Baumpflanzer, Bauarbeiter, Schneider, Schmiede, Schlosser, Spengler, Tischler [illegible] zur korporativen Arbeit vereinigen. Die nötigen Kredite werden aller Wahrscheinlichkeit nach von den zionistischen Organisation beschafft werden können und so dürfte dieses Musterbeispiel genossenschaftlicher Wirtschaft bald verwirklicht werden. Es verdient die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft aller Länder umsomehr, als diese Genossenschaftswirtschaft von allen utopischen Elementen und Konstruktionen frei ist und mit den praktischen Erfahrungen der bisherigen landwirtschaftlichen jüdischen Arbeitersiedelung im Lande rechnet. Auch der Agronom Dr. E. Soskin trat auf dem Kongreß für das Prinzip unbedingter Eigenarbeit ein, das er bei seiner Kolonisationsmethode der Intensitätskultur durchführt. Er verlangt Arbeitersiedelungen die auf möglichst kleinem Areal durch Bewässerung und besondere Saatenpflege die größten Erträge erzielen können. Soskin verwies auf spanische Beispiele, unter anderem auf die Genossenschaftssiedelung Monte Algalba, wo er das Vorbild seiner Kolonie fand. Die dortige Kooperative erhielt von der spanischen Regierung die nötigen Kredite für die kommunalen und industriellen Betriebe der Kolonie, die alle in zentraler Lage und zweckmäßigster Anordnung errichtet waren. Soskin fand in Monte Algalba drei Weinkellereien mit dem nötigen Inventar vor, eine Mühle, eine Bäckerei, ein Krankenhaus mit Apotheke. Alle Einwohner des Ortes [illegible] Konsum- und [illegible] strebt Soskin für [illegible]. Der Zionistenkongreß beschloß, zunächst einen Versuch mit einer kleineren Kolonie zu machen, und bewilligte zur Durchführung der Soskinschen Pläne als erste Jahresrate zwanzigtausend ägyptische Pfund. Der bedeutende marxistische Theoretiker Ruboschow wies in einer überaus wirksamen Rede nach, daß eine zionistische Kolonisation auf kapitalistischer Grundlage im vorhinein zum Scheitern verurteilt ist. Nationalisierung des Bodens und Selbstarbeit sind die unumstößlichen Bedingungen einer wirksamen jüdischen Kolonisation. Seine Rede wurde mehrmals von langem, andauerndem Beifall unterbrochen. Der Kongreß endete mit der Aufstellung eines Kolonisationsbudgets im Minimalbetrage von anderthalb Millionen ägyptischen Pfund, zu dessen Deckung von allen organisierten Zionisten eine jährliche Abgabe von 10 Prozent des Vermögens oder Einkommens eingehoben wird, ferner wurde das ganze Judentum ohne Unterschied der Partei zur freiwilligen Beitragsleistung für den Aufbaufonds (Keren Hajessod) aufgefordert.

Seiner ganzen Struktur nach wird der offizielle Zionismus in erster Linie jüdische Arbeiter in Palästina ansiedeln, jüdische Proletarier, die eine ungeheure Sehnsucht nach produktiver Arbeit haben. Die Gruppen aller Länder sind dem jüdischen Arbeiter gesperrt, weil man in jedem Ostjuden einen Schieber sieht und nicht weiß, daß in Rheinland-Westfalen mehr als 30.000 ostjüdische Arbeiter unter Tag in den Bergwerken arbeiten. Der Zionismus des jüdischen Arbeiters ist kein nationaler Chauvinismus, er ist der politische Ausdruck des Verlangens des jüdischen Proletariats nach Land und Arbeit. Der jüdische Arbeiter bedarf zu diesem Werke der beruflichen Umschichtung und Ansiedelung der Sympathien des international Proletariats. Die Vertreter der jüdischen Arbeiterschaft am Zionistenkongreß haben an die Arbeiterschaft aller Länder die Aufforderung gerichtet, ihre Arbeit mit politischer und moralischer Unterstützung zu fördern. Die jüdische Arbeiterschaft ist ein Teil des internationalen Proletariats und wird von diesem nicht im Stiche gelassen werden.

Die Karlsbader Konferenz des Komitees der Jüdischen Delegationen.

An der am 16. und 17. September in Karlsbad stattgefundenen Plenarsitzung des Komitees der Jüd. Delegationen, nahmen außer den Pariser Mitgliedern auch zahlreiche Vertreter aus der Tschechoslowakei, Oesterreich, Polen, Ostgalizien, Großrumänien, Litauen, Lettland, Großrußland, Ukraine, Griechenland, Palästina, Nordamerika, Argentinien und anderen Ländern teil. Nach dem Berichte über die bisherige Tätigkeit und die bevorstehenden Aufgaben des Komitees entwickelte sich eine lebhafte Debatte über die Frage der Reorganisation der Pariser Jüd. Vertretung. Namentlich die Vertreter der osteuropäischen Staaten, deren Judenheit von den Aktionen des Komitees direkt getroffen wird, übermittelten von neuem die Parole der von ihnen vertretenen Millionen Juben, daß das K. d. J. D. für diese dringende eine Notwendigkeit sei. Der gleichen Auffassung schlossen sich auch die besonders [illegible] frischen Ankömmlinge aus Sowjetrußland und Sowjetukraine an, obschon die Judenheit jener Länder von der Tätigkeit des Komitees an sich nicht berührt wird. Diese allgemeine Auffassung präzisierte sodann der Minister für jüd. Angelegenheiten in Litauen, Soloweitschik, indem er namens der Vertreter Osteuropas dem Komitee und dessen Leitung, Präsident Sokolow und Generalsekretär Motzkin, wärmsten Dank übermittelte.

In Bez. der Reorganisation wurde auf Antrag Motzkins und des erst vor kurzem aus Moskau angelangten M. Kreinin eine Resolution gefaßt, wonach die Leitung des Komitees auch mit denjenigen Teilen der jüd. Landesorganisationen, die im Komitee noch nicht vertreten sind, über den weiteren Ausbau des Komitees Unterhandlungen führen soll. Nach einer Debatte, an der außer den genannten Herren noch Rabb. Rubinstein (Wilna), Abg. Grünbaum (Warschau), Dr. Krämer (Czernowitz), Dr. Nurok (Libau), Dr. Reich (Lemberg), Schelwin (New York), Dr. Gottlieb (Warschau), Dr. Brutzkus (Petrograd), Hindes (London), Rabb. Aronsohn (Kiew), Berlin (Jaffa) u. a. teilnahmen, wurden Richtlinien für diesen Beschluß gemäß den Antragstellern folgendermaßen festgelegt: Eine spezielle Vermittlungskommission soll in Koordination mit dem Generalsekretär mit den betreffenden Gruppen Polens, Großrußlands, [illegible] welche zu den Minderheiten im jüd. Parteileben gehören, in Unterhandlungen treten, um sie zur Stellung von Vertretern für das K. d. J. D. zu veranlassen. In diese Kommission wurden gewählt: Kleinkoff, Rosoff, Kreinin. Des weitern wurde eine lebhaft akklamierte Resolution gefaßt, in der die Leitung des amerikanisch-jüd. Kongresses aufs dringendste aufgefordert wird, möglichst bald Neuwahlen für den Kongreß vorzunehmen und diesen spätestens bis zum Frühling einzuberufen. Zugleich wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß innerhalb der Pariser Zentrale beständig ein Vertreter aus Amerika anwesend sein solle, um die Beziehungen zwischen dem Komitee und der amerikanischen Judenheit fester zu knüpfen, und die Aktionen, welche in oder durch Amerika durchzuführen seien, zu fördern. Im allgemeinen wurde sodann der Beschluß gefaßt, daß alle diejenigen Organisationen, die das K. d. J. D. gegründet hatten, zu neuer Aktivität veranlaßt werden. Dies bezog sich insbesondere auf den kanadisch-jüd. Kongreß, den jüd. Gemeindeverband Italiens u. a. Wo die Nationalräte in einen passiven oder apathischen Zustand geraten sind, sollen sie durch eine energische Propaganda zum Wiederaufleben gebracht werden. Bei dieser Gelegenheit wies der Generalsekretär auf die außerordentlich wichtigen politischen Aktionen hin, die in früherer Zeit in Kanada, Südafrika und anderen Ländern zu Gunsten der Aufgaben und Ziele des Komitees durch Interpellationen bei den Regierungen, in den Parlamenten usw. im Kampfe für Recht und gegen Verfolgungen geleistet wurden. Wo aber in wichtigen Ländern keine zentralen politischen jüd. Organisationen bestehen, wie Argentinien, Südafrika usw., müssen die dort wirksamen Hilfsorganisationen die Arbeit übernehmen.

Bei Besprechung des Budgets wurde darauf hingewiesen, daß weitaus die Hälfte der Aktionen des K. d. J. D. in der Bekämpfung der Pogrome und Abwendung von Massenkatastrophen, insbesondere von Massenausweisungen bestanden. Es bestehe daher eine moralische Berechtigung für die Inanspruchnahme von Geldern der Hilfskomitees. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, daß die Hälfte der für das Komitee erforderlichen Summen von einer Reihe von Hilfsorganisationen, denen im Rahmen der Plenarsitzungen auch eine gewisse Kontrolle einzuräumen wäre, geleistet werden müsse. Dieses Prinzip solle als Grundlage für die Deckung des jährlichen Budgets angenommen werden, das mit Rücksicht auf die geplanten Erweiterungen der Arbeit auf 600.000 franz. Franken beziffert wurde. Von der Zion. Org. soll zirka ein Viertel des Budgets in der Höhe von 3000 Pfund verlangt werden, während die anderen Delegationen den Rest zu decken hätten. An Ort und Stelle erklärten sich zahlreiche Vertreter aus Osteuropa zur Uebernahme gewisser finanzieller Verpflichtungen bereit. In Verbindung mit dieser Debatte wurde der Wunsch sanktioniert, daß die Vertretung in Genf weiter ausgebildet werde und die Beziehungen der Pariser Vertretung zu den Lokalorganisationen festere Form annehme. Mehrere Vertreter verpflichteten sich, zu diesem Zwecke spezielle Reisen zu unternehmen, nachdem sie sich in dieser Plenarsitzung nochmehr davon vergewissert hatten, daß das K. d. J. D. im politischen und rechtlichen Leben der Juden ein außerordentlich wichtiger Faktor geworden sei.

Zum Schlusse kamen noch verschiedene Verwaltungsfragen zur Sprache. Da der Generalsekretär zum Mitglied der zion. Exekutive gewählt wurde und daher nicht mehr in der Lage sein wird, innerhalb des Komitees seiner Aufgabe wie bisher nachzukommen, wurde zunächst ein stellvertretender Generalsekretär, Kleinkoff, gewählt. Die für den Dezember vorgesehene Plenarsitzung soll dann die Entscheidung über die Verwaltungsfragen und die künftige Zusammensetzung des Komitees treffen.

Die politische Tätigkeit der Exekutive.

(Schluß.)

Die Mandat-Verhandlungen 1919–1921.

Im Frühjahr 1919 begannen die Sachverständigen der Vertretung der englischen Regierung bei der Friedenskonferenz unverbindliche Verhandlungen mit Vertretern der Zionistischen Organisation über das Mandat für Palästina.

Bei der Ausarbeitung des Mandates und den Verhandlungen in Paris leistete die Delegation der amerikanischen Zionisten Herrn Dr. Weizmann und Herrn Sokolow wertvolle Hilfe. Ende 1919 kehrte die englische Delegation nach London zurück und da Herr Dr. Weizmann während der langjährigen Verhandlungen häufig in Palästina war und Herr Sokolow in Paris weilte, wurde die Arbeit eine Zeitlang von einem provisorischen politischen Komitee weitergeführt, dem zuerst Mr. Herbert Samuel, Dr. Jacobson, Dr. Feiwel, Mr. Sacher, Mr. Landmann und Mr. Ben Cohen angehörten. In einem späteren Stadium wurden die Verhandlungen über den Entwurf des Mandats von einem Ausschuß geführt, der aus den Herren Sacher, Stein und Ben Cohen bestand und besonders für die Fragen des Mandates und der Grenzen gebildet worden war.

Die Herren Professor Frankfurter und Gans arbeiteten auf Grund der zionistischen Vorschläge an die Friedenskonferenz Mandatsentwürfe für die zionistischen Führer aus. Nach Beratung mit verschiedenen Mitgliedern des Actions-Comités und Vertretern aus Palästina, die sich zu jener Zeit in Paris aufhielten, wurden diese Vorschläge der britischen Vertretung bei der Friedenskonferenz überreicht. Sie fanden zum großen Teil Aufnahme in dem ersten Vorentwurf vom 15. Juli 1919. Es war damals in Aussicht genommen, daß dieser Entwurf in den Friedensvertrag mit der Türkei angenommen werden sollte. Er wurde der Sitzung des Action-Comités, die im Juli und August 1919 in London stattfand, vorgelegt. In diesem Entwurf wurde „der historische Zusammenhang der Juden mit Palästina (diese Ausdruckweise soll von Mr. Balfour selbst herstammen) und der Anspruch, den dies dem jüdischen Volke gibt, dort eine nationale Heimstätte zu finden", anerkannt. Der Entwurf legte England die Verantwortung auf, in Palästina diejenigen politischen, administrativen und wirtschaftlichen Bedingungen zu schaffen, die nötig seien, um die Schaffung einer jüdischen nationalen Heimstätte zu nähern. Es war darin festgestellt, daß der Endzweck des Mandates die Schaffung eines autonomen Gemeinwesens in Palästina sei. Es wurde ferner im Entwurf von einem Provisorischen Jüdischen Rat (der späterhin in einen permanenten umgewandelt werden sollte) gesprochen, der aus Vertretern der jüdischen Bevölkerung Palästinas und der Welt gebildet werden sollte [illegible] dem weitgehende Rechte bezüglich der [illegible] führung öffentlicher Arbeiten und der [illegible] tung der Regierung Palästinas in allen [illegible] gen, die das Wohl der jüdischen Bevöl[illegible] angingen, zustehen sollten. In dem [illegible] wurde diesem Rat Vorzugsbehandlun[illegible]

lich Konzessionen [illegible]t. Es war im Entwurf ein Regierungssystem vorgesehen, in dem die Mandatarmacht einen Gouverneur ernennen, dem ein Staatsrat zur Seiten stehen sollte, der seinerseits zur Hälfte aus Vertretern der Bevölkerung Palästinas, Juden und Nichtjuden, und des jüdischen Rates bestehen sollte. Es war ferner eine Vertretungskörperschaft beratender Natur in Aussicht genommen, die in dem Maße, wie die Bevölkerung Palästinas sich zur Autonomie entwikkelte, allmählich umgewandelt werden und größere Machtbefugnisse erhalten sollte. Die englische Regierung sollte die jüdische Einwanderung und Kolonisation fördern. Auch war das Hebäische als offizielle Sprache anerkannt.

Man war sich zu jener Zeit ganz klar darüber, daß dieser Vorentwurf in keiner Weise als die englische Regierung bindend anzusehen sei; man nahm jedoch an, daß der Entwurf die Bedingungen kennzeichne, unter denen die englische Regierung bereit sei, das Mandat über Palästina zu übernehmen. Im Sinne dieser Annahme wurde der Entwurf sehr eingehend von dem Actions-Comité in London und Paris beraten. Als Ergebnis dieser Beratungen wurden im August 1910 Vorstellungen bezüglich verschiedener Punkte, die nicht ganz befriedigend schienen erhoben.

Der erste und vielleicht wichtigste Punkt war die Betonung „des historischen Zusammenhangs." in der Eingangsklausel. Man empfand allgemein, daß dies nicht befriedigend sei und daß bloß die Worte „historischer Anspruch", die in der Denkschrift an die Friedenskonferenz gebraucht worden waren, das richtige aussprächen. Es wurde deshalb eine Fassung der Eingangsklausel vorgeschlagen, in der die Anerkennung des historischen Anrechtes der Juden auf Palästina und „des Rechtes der Juden, es als ihre nationale Heimstätte wiederherzustellen" ausdrücklich ausgesprochen wurde. Es wurde dargelegt, daß die jüdische nationale Heimstätte sich nicht auf einen Teil Palästinas beschränke (in welchem Sinne die Worte „dort eine nationale Heimstätte zu finden" ausgebeutet werden konnten), sondern, daß sie ganz Palästina umfasse. Die zionistische Denkschrift fuhr dann fort: „die Erklärung (d. h. die Eingangsklausel) solle die Tatsache anerkennen, daß es sich nicht um die Schaffung einer nationaler Heimstätte in Palästina handle, wie eine solche vielleicht bereits in Polen und Osteuropa bestehe, sondern um die Wiederherstellung der nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes". Verschiedene führende Mitglieder des Engeren Actions-Comités drängten darauf, daß in dieser Klausel die schließliche Schaffung eines jüdischen Gemeinwesens in der folgenden Form erwähnt werde: „und dort die Grundlagen eines jüdischen Gemeinwesens zu schaffen". Zu den anderen Aenderungen und Hinzufügungen, die damals zum Julientwurf angeregt wurden, gehörten die folgenden:

1. Einfügung der Worte: „Die Einrichtung des Landes als der jüdischen nationalen Heimstätte und seine Umwandlung, in ein autonomes Gemeinwesen sollen das leitende Ziel bei der Durchführung des Mandats sein."

2. Einführung einer Klausel, in der der jüdische Sabbath und die jüdischen Feiertage als offizielle Ruhetage und gesetzliche Feiertage anerkannt werden, ohne Beeinträchtigung der bürgerlichen und religiösen Rechte der nichtjüdischen Bevölkerung.

3. Es sollen Maßnahmen getroffen werden bezüglich des öffentlichen Eigentums am Boden oder der öffentlichen Kontrolle des Bodens, der Naturschätze Palästinas und der öffentlichen Einrichtungen zum Zwecke der Verhütung gewinnsüchtiger Ausbeutung.

4. Genossenschaftliche Unternehmungen sollen von der Regierung gefördert werden.

5. Statt eines jüdischen Rates soll eine geeignete jüdische Vertretung von der Mandatarmacht anerkannt und ihr Vollmacht erteilt werden, bei der Schaffung der jüdischen nationalen Heimstätte mitzuwirken; es sollen ihr gewisse Vorkaufsrechte zustehen. Die Zionistische Organisation soll als diese Vertretung anerkannt werden und dieses Vorkaufsrecht erhalten, wohin das Recht mit einbegriffen sein soll, bezüglich der Erteilung von Konzessionen, die sie nicht selbst übernimmt, befragt zu werden.

6. Die Zionistische Organisation soll mit der Mandatarmacht in Fragen der Einwanderung und Kolonisation zusammenwirken.

7. Die Frauen sollen das Stimmrecht und den Zutritt zu den öffentlichen Aemtern haben.

8. Für den Fall, daß das Mandat irgendwelche Aenderungen erfahre, muß das [Prinz]ip der jüdischen nationalen Heimstätte [unan]getastet bleiben.

9. Die jüdische Verwaltung soll zum Rat des Völkerbundes direkten Zutritt haben.

Der zweite Vorentwurf vom Ende des Jahres 1919 zeigt deutlich, daß die zionistischen Anregungen sehr ernste Erwägungen erfahren hatten. Es ist zwar richtig, daß die neue Eingangsklausel immer noch vom „historischen Zusammenhang" sprach und nicht von dem „historischen Anrecht" auf Palästina; es heißt in ihr aber weiter „und der Anspruch, den dies ihnen gibt, Palästina als ihre nationale Heimstätte (Erez-Israel) wiederherzustellen". In diesem Vorentwurf wurde die Bildung eines autonomen Gemeinwesens als daß schließliche Resultat der jüdischen nationalen Heimstätte erwähnt. Alle Forderungen bezüglich der jüdischen Vertretung und der Anerkennung der Zionistischen Organisation als dieser Vertretung waren ihm zugestanden. Er gab der Zionistischen Organisation ein Anrecht auf Vorzugsbehandlung bezüglich der öffentlichen Arbeiten usw., vorausgesetzt, daß die Dividende beschränkt sei und übermäßige Gewinne zum Wohl des ganzen Landes verwendet würden. Ferner wurde in ihm der jüdischen Vertretung das Recht der Mitarbeit bei der jüdischen Einwanderung und Kolonisation eingeräumt. Die Klausel, in der der Erwerb d. palästinensischen Staatsbürgerschaft in diesem Vorentwurf behandelt wird, ist insofern bemerkenswert, als man damals beabsichtigte, den Erwerb der palästinensischen Staatsbürgerschaft für alle Juden, die sich in Palästina dauernd ansiedelten, obligatorisch zu machen und Strafen über Juden zu verhängen, die sich ohne gute Gründe weigerten, dieser Bestimmung nachzukommen. Infolge unserer Einwände wurde diese Klausel geändert und später zugunsten einer allgemeiner gehaltenen Fassung zurückgezogen; die Einzelheiten sollten erst geregelt werden, wenn die Regierung Palästinas ein Gesetz über die Staatsbürgerschaft ausarbeite.

Eine der wichtigsten Aenderungen, die der Zionistischen Organisation in jenem Stadium der Verhandlungen zugestanden wurden, war eine Erweiterung des Artikels bezüglich der Vorbehaltung der Entwicklung des Landes für die Interessen im Lande, die folgendermaßen lautete:

„Bei der Ausführung und dem Betrieb der öffentlichen Arbeiten und Dienste und bei der Erschließung der Nationalschätze des Landes soll die Schaffung der jüdischen nationalen Heimstätte das leitende Prinzip sein."

Das Recht des öffentlichen Eigentums oder der öffentlichen Kontrolle am Boden wurde nicht eingeräumt, aber statt dessen war Vorsorge für ein Bodensystem getroffen, das den Bedürfnissen des Landes angepaßt und zur Verhütung der Uebel der Bodenspekulation geeignet sei. Das Bodensystem sollte die enge Besiedlung und intensive Bebauung des Bodens fördern und seinen unwirtschaftlichen Mißbrauch oder Nichtgebrauch sowie die Uebel der „Toten Hand" verhindern und den Bodenanteil des Einzelbesitzers beschränken. Was die Erwähnung eines „jüdischen Gemeinwesens" („Jewish Commonwealth") betrifft, so war bereits Dr. Weizmann Mitteilung gemacht worden, daß die englische Regierung die Annahme des Mandates überhaupt ablehnen könnte, wenn man seitens der Zionistischen Organisation auf diesem Punkte bestände.

Man erwartete, daß die Verhandlungen über die Friedensbedingungen mit der Türkei zu jener Zeit bereits zu Ende gelangt seien. Infolge der internationalen Weltlage entstanden jedoch verschiedene Schwierigkeiten, die zu einer mehrfachen Verschiebung des Zeitpunktes der Unterzeichnung des Friedensvertrages führten. Selbstverständlich konnte von einer Ratifikation des Mandates keine Rede sein, ehe keine formelle Uebertragung stattgefunden hatte. Die Verzögerung der Regelung der Frage war von vielen Gesichtspunkten aus bedauerlich, jedoch vielleicht für niemanden schlimmer als für die Zionistische Organisation und für die Lage der Juden in Palästina.

In der Zwischenzeit war Lord Curzon Mr. Balfour als Staatssekretär des Aeußeren gefolgt, und die Beratung des türkischen Friedensvertrages stand, nun unter seiner Leitung. Als die Frage Palästinas auf die Tagesordnung kam, wurde der Vorentwurf des Mandates erwogen. Während der Monate April und Mai 1920 wurde eine Reihe grundlegender Aenderungen gemacht, die schließlich in dem Entwurf vom 10. Juni 1920, der als erster offizieller Entwurf gelten darf, niedergelegt wurden. Die Aenderungen waren die folgenden:

1. In der Eingangsklausel war der Passus bezüglich Anerkennung des historischen Zusammenhangs des jüdischen Volkes mit Palästina gestrichen worden.

2. Der Ausdruck „autonomes Gemeinwesen" im Artikel 3, war ersetzt durch „autonome Institutionen", und der Gedankengang war so geändert worden, daß die jüdische Seite der Frage in den Hintergrund trat!

3. Das Vorrecht der jüdischen Vertretung, daß sie bei der Erteilung von Konzessionen, die sie selbst nicht übernehme, befragt werden solle, war zurückgezogen worden.

4. Die Anerkennung der Tatsache, daß die Schaffung der jüdischen nationalen Heimstätte das leitende Prinzip bei der Durchführung des Mandates sein solle, war gestrichen worden.

5. Der Paragraph, in dem die jüdische Bildungsangelegenheiten der jüdischen Vertretung übertragen worden waren, war gleichfalls gestrichen worden.

6. Die ausdrückliche Erwähnung des jüdischen Sabbath und der jüdischen Feiertage war ausgelassen worden.

Dies waren die hauptsächlichsten Aenderungen. Außerdem war noch eine Reihe anderer Aenderungen vorgenommen worden, die jedoch mehr formeller, nicht so sehr materieller Natur waren.

Es wurden sofort Schritte unternommen, um die Regierung von unseren ernsten Einwänden gegen diese Aenderungen zu verständigen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Entscheidung über die Zukunft Palästinas der Zionistischen Organisation weitgehende Verpflichtungen auferlegte. Ob die Zionistische Organisation imstande sei, diesen Verpflichtungen voll nachzukommen, hänge letzthin davon ab, daß es ihr gelänge, die volle Unterstützung des jüdischen Volkes zu sichern. Daher sei es nötig, daß das Mandat so abgefaßt sei, daß es den größtmöglichen Widerhall in der jüdischen Welt finde. Bezüglich der Klausel betreffs des historischen Zusammenhangs wurde die britische Regierung darauf hingewiesen, daß es, in Anbetracht der Tatsache, daß in dieser Klausel das Fundament der ganzen Politik des Mandates niedergelegt sei, passend und billig wäre, daß sie in dem Dokument, in dem diese Politik ihre internationale Sanktion erhalte, eingeschlossen werde.

Bezüglich der Autonomie wurde darauf hingewiesen, daß obzwar die jüdische öffentliche Meinung sich darüber klar sei, daß ein bedeutender Zeitraum verfließen müsse, ehe Palästina für volle Selstverwaltung reif sei, eine Klausel, die die allmähliche Verwirklichung dieses Zieles ausdrücklich vorsehe, notwendig sei, und daß daher die Ersetzung des Ausdruckes „autonomes Gemeinwesen" durch „autonome Institutionen" unglücklich getroffen sei.

Die wirtschaftlichen Klauseln des Entwurfes waren auch tiefgreifenden Aenderungen unterworfen worden. Der Junientwurf gab der Regierung Palästinas bloß das Recht, mit der Zionistischen Organisation Verhandlungen zu führen bezüglich der Uebernahme, der Durchführung und des Betriebes von öffentlichen Arbeiten und Diensten und der Erschließung der Naturschätze Palästinas durch die Zionistische Organisation, sofern diese Aufgaben nicht direkt von der Regierung [illegible] der Beschränkung des Gewinns auf eine angemessene Verzinsung des investierten Kapitals. Dies waren bloß Fakultativbestimmungen, die der Zionistischen Organisation kein gesichertes Optionsrecht gewährten, während andererseits, falls die Zionistische Organisation eine Konzession bekäme, ihre Gewinne im Gegensatz zu denen anderer Unternehmer ausdrücklich beschränkt wären. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Vorrecht der Zionistischen Organisation bei der Erteilung von Konzessionen von großer Bedeutung sei, da es die Organisation instand setze, Arbeitsgelegenheiten für jüdische Arbeitskräfte zu schaffen. Es liege gewiß kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß es tatsächlich die Absicht der Regierung Palästinas sei, der Zionistischen Organisation jede Gelegenheit zur Ausführung der Arbeiten, die sie unter angemessenen Bedingungen übernehmen könnte, zu gewähren. Zwar sei in der Klausel, die der jüdischen Vertretung das Recht gab, mit der Regierung Palästinas in den Wirtschaftsfragen, die die Schaffung der jüdischen nationalen Heimstätte betreffen, beraten mitzuwirken und an der Erschließung Palästinas teilzunehmen, hiefür Vorsorge getroffen worden. Nichtsdestoweniger sei es sehr erwünscht, daß ein so wichtiger politischer Gesichtspunkt ausdrücklich in dem Mandat erwähnt sei.

Es wurden ferner Einwände gegen die anderen Aenderungen des Entwurfes erhoben. Die Bemühungen konzentrierten sich jedoch auf die oben erwähnten drei Gesichtspunkte. Das Auswärtige Amt sah die Stärke der zionistischen Argumente ein und führte im August 1920 den Ausdruck „historischen Zusammenhang" wieder ein, ließ aber sonst alle anderen Aenderungen bestehen. Im Oktober 1920 wurde jedoch die Klausel vom „historischen Zusammenhang" wieder zurückgezogen, und der Mandatsentwurf erhielt im wesentlichen die Form, die er im Juni gehabt hatte.

In diesem Stadium kam man zur Ueberzeugung, daß, wenn man das Mandat verbessern wollte, man sich auf die Hauptpunkte beschränken müsse. Angesichts der Tatsache, daß die endgültige Entscheidung bevorstand, wurden die Verhandlungen energisch weitergeführt, und man bemühte sich auch, von anderer Seite Unterstützung zu erlangen. Anfang November hatte Herr Dr. Weizmann zwei Besprechungen mit Mr. Balfour, mit dem er bereits im Oktober über das Mandat korrespondiert und den er damals über die Hauptpunkte, die änderungsbedürftig seien, aufgeklärt hatte. Die zionistische Leitung trat auch an den englischen Premierminister heran, und die Lage wurde mehreren führenden Mitgliedern des englischen Kabinetts, einschließlich Lord Milner und Sir Alfred Mond, dargelegt. Sir Herbert Samuel unterstützte gleichfalls unsere Vorstellungen in seiner Stellung als Oberkommissar Palästinas. Besondere Erwähnung verdienen endlich die wertvollen Dienste, die Major James de Rothschild in diesem Stadium, wie bei vielen früheren Gelegenheiten, leistet.

Die strittigen Punkte wurden auch zur Kenntnis Lord Robert Cecils und der parlamentarischen Gruppe für Palästinaangelegenheiten, deren Vorsitzender er ist, gebracht. Die Gruppe hielt am 9. November 1920 im Unterhause eine Sitzung ab und nahm die folgende Resolution an:

„Die englische Regierung soll dringend ersucht werden, in dem Palästinamandat eine definitive Anerkennung des „historischen Zusammenhanges" des jüdischen Volkes mit Palästina und der Stellung der Zionistischen Organisation, sowie der Politik der Entwicklung Palästinas in ein autonomes Gemeinwesen zum Ausdruck zu bringen."

Zu gleicher Zeit trat die Zionistische Organisation Amerikas an den englischen Gesandten in Washington heran und machte Vorstellungen im gleichen Sinne. Im Fortgang der Verhandlungen zeigte es sich, daß bezüglich der wirtschaftlichen Klauseln des Mandats keine wesentlichen Konzessionen gemacht werden würden. In Kreisen, die den zionistischen Bestrebungen mit ungeteilter Sympathie gegenüberstanden, war man fast einstimmig der Meinung, daß es weder möglich noch im Interesse der zionistischen Bewegung selbst erwünscht sei, in dem Mandat irgend etwas festzulegen, was wie die Erteilung eines Wirtschaftsmonopols an die Zionistische Organisation aussehe. Es konnte kein Zweifel daran bestehen, daß die zionistische Mitarbeit bei der wirtschaftlichen Entwicklung Palästinas begrüßt werden würde und daß die Zionisten jede Gelegenheit haben würden, soweit es ihre Mittel nur gestatten, an ihr teilzunehmen. Andererseits erkannte man, daß die ausdrückliche Erteilung weitgehender Privilegien praktisch von geringer Bedeutung sei, andererseits aber Opposition erregen würde, daß eine solche Bestimmung als im Widerspruch mit dem Gedanken des Völkerbundes stehend hingestellt werden könnte.

Ganz anders aber verhielt es sich mit der Eingangsklausel bezüglich des „historischen Zusammenhanges" mit Palästina. Die Beibehaltung dieser Klausel wurde von der Zionistischen Organisation dringend gefordert, und es gelang den zionistischen Vertretern in vielen einflußreichen Kreisen Gehör zu finden. Anfang Dezember 1920 wurde der Mandatsentwurf vom Kabinett erwogen und endgültig mit Wiedereinsetzung der Klausel vom „historischen Zusammenhang" gebilligt. Am 7. Dezember wurde er von Mr. Balfour dem Rate des Völkerbundes zur Bestätigung unterbreitet. Dieser Entwurf wurde von der englischen Regierung als offizielles Dokument veröffentlicht.

Das Mandat in seiner gegenwärtigen Form anerkennt die jüdischen Forderungen und die Stellung der Zionistischen Organisation in sehr weitgehendem Maße. Es bestätigt die Balfour-Deklaration aufs neue. Es stellt die Förderung der jüdischen nationalen Heimstätte in die erste Reihe der Obliegenheiten der Mandatarmacht. Es gibt der Zionistischen Organisation, als der anerkannten jüdischen Vertretung, das Recht, mit der Regierung Palästinas in allen Fragen, die die jüdisch. Interessen angehen, zusammenzuwirken. Es sichert Begünstigungen für jüdische Einwanderung und intensive Bodenbesiedlung zu. Es trifft Vorsorge dafür, daß die Juden, die nach Palästina kommen, um sich dort niederzulassen, die palästinensische Staatsbürger[schaft] [illegible]

schaft erwerben. Es erkennt schließlich ausdrücklich die hebräische Sprache als eine der offiziellen Landessprachen an.

Man erwartete, daß der Rat des Völkerbundes die Mandatfrage bei seiner Sitzung im Dezember 1920 erledigen würde und hielt es für ratsam, das Mandat lieber so anzunehmen, wie es war, als die politische Situation in Palästina sich infolge der Ungewißheit über die Zukunft noch verschlimmern zu lassen. Infolge der Nichtratifizierung des Vertrages von Sevres und der Opposition Amerikas gegen alle Mandate, fühlte sich jedoch der Rat des Völkerbundes außerstande, bei dieser Sitzung die Mandate des nahen Ostens zu behandeln. Bei der nächsten Sitzung im März 1921 wurde die Frage auf Wunsch Mr. Churchills, der gerade zum Kolonialsekretär und im Zusammenhang damit zum verantwortlichen Minister für die unter dem britischen Mandate stehenden Gebiete ernannt worden war und der die Probleme vor ihrer endgültigen Regelung an Ort und Stelle studieren wollte, von der Tagesordnung abgesetzt. Bei der Sitzung im Juli war von der Regierung der Vereinigten Staaten noch keine Antwort eingetroffen. Im gegenwärtigen Augenblick (August 1921) wartet der Rat des Völkerbundes noch auf die Klärung der Haltung der Vereinigten Staaten zur Frage der Mandate. Die nächste Sitzung des Rates wird im nächsten Monat stattfinden, und es werden alle Anstrengungen gemacht, um schnellstens die endgültige Regelung der Frage herbeizuführen.

Es ist bekannt, daß die englische Regierung kleine Aenderungen des Entwurfes in Erwägung gezogen hat, und die Zionistische Organisation hat daher verschiedene Aenderungen, die sie in dem Mandat durchgeführt zu sehen wünscht, unterbreitet. Nach Billigung des Mandates durch den Rat des Völkerbundes muß es doch formell dem Unterhause zur Bestätigung vorgelegt werden; man glaubt jedoch, daß nach den gegenwärtigen Absichten der Regierung keine weitere Diskussion über die Einzelheiten des Mandats stattfinden wird.

In der Zwischenzeit haben sich die schrecklichen Ereignisse in Jaffa zugetragen, und ihnen ist eine offizielle Interpellation der Balfour-Deklaration durch den Oberkommissar gefolgt, der Mr. Churchill in seiner Rede im Unterhause [illegible] ist. Die Sparsamkeitskampagne [illegible] in England sehr stark [illegible] Palästina ist Gegenstand von [illegible] geworden. Die Lage ist daher noch [illegible] frei von Gefahren, und große Vorsicht und Sorgfalt ist nötig, um das Mandat erfolgreich durchzubringen. Ueber das endgültige Resultat haben wir jedoch keine Befürchtungen. Während der ganzen Verhandlungen war trotz der häufigen Aenderungen des Textes und der zweifellosen Schwächung des Dokumentes, namentlich bezüglich der ausdrücklichen Erwähnung der Einzelheiten der jüdischen nationalen Heimstätte, eine Tatsache vollkommen klar: welche Absichten auch einzelne Mitglieder der Regierung haben und wie sie auch die Balfour-Deklaration ausdeuten mögen, die englische Regierung als solche hat nicht die Absicht, ihre Zusage rückgängig zu machen. Sie hat dies Versprechen gegeben, und sie beabsichtigt, es auch trotz aller Hindernisse zu halten.

Bialiks Rede am Zionistenkongreß in Karlsbad.

Gott wollte es nicht, daß unsere heutige Freude vollkommen sei. Der Tag, den wir seit Jahrtausenden erwarten, der Tag der Verkündung des Anfangs der Erlösung, den wir in Feuertränen und Höllenqualen herbeisehnten, ist endlich gekommen. Der erste Klang, das erste Echo der Erlösung ist an uns gelangt; aber in dieser Stunde, in der wir hoffen, alle Juden aus allen Ländern und aus allen Himmelsrichtungen versammelt zu sehen, sehen wir leider nur die Boten eines kleinen Teiles. Ein großer Teil derer, die sich darauf vorbereiteten, zu uns hieher zu kommen, um den ersten Ruf zu vernehmen, mußte leider fern von uns bleiben: Ich denke an die 500 Delegierten, die aus Rußland hätten kommen können, und die von uns durch eine eiserne Wand getrennt sind. Wer weiß, ob auch nur ein schwacher Abklang dieses Rufes an sie gelangen wird, ja, ob wir es überhaupt noch verleben werden, sie zu sehen. Richten wir unsere Herzen nach dem Osten und entsenden wir ihnen unseren Segen und unsere Wünsche, wenn nicht einer vollkommenen Erlösung, so doch wenigstens der Rettung aus einer fürchterlichen Hölle, wo sie sich in Asche und Blut wälzen. Wer weiß, ob die nächste Zukunft ihnen diese Erlösung bringen wird und ob ihr Blut nicht vergebens für uns geflossen ist. Denken wir immer an diese unglücklichen Brüder und vergessen wir ihrer nicht, bis sie sich wieder aus dieser Asche und aus diesem Blute erhoben haben. Einen kleinen Trost wollen wir darin sehen, daß unser Volk aus dieser fürchterlichen Lage eine Lehre ziehen wird.

Vor ungefähr vier Jahren, noch vor der russischen Revolution, als das russische Judentum eine unbeschreibliche Freude, sie sahen darin das langerwartete Wunder. Wir sehen nun, was aus all diesen Hoffnungen geworden ist. Möge das jüdische Volk jetzt sich endlich einmal überlegen, daß es in einem fremden Lande für uns keine Hoffnungen geben kann. In einer Minute wird alles zugrunde gerichtet, nicht nur leicht verdiente Kapitalien, sondern altererbte und schwer erworbene Reichtümer werden restlos vernichtet. Mögen Sie all das bedenken und Ihre Vermögen dahin bringen, wo sie für ewig dem jüdischen Volke gesichert bleiben.

Die Stunde der Tat hat geschlagen. Wir sind überdrüssig der Träume, der Phantasien und Pläne, und wollen Taten sehen. In der Arbeit werden sich die Gegensätze ausgleichen. Die ewigen Streitigkeiten und theoretischen Auseinandersetzungen zermürben unseren Willen und zerbröckeln uns in einzelne Staubkörnchen, die sich nicht zu einem massiven Klumpen zusammentun können. Unter der Oberfläche der Tat werden sich aber unsere einzelnen Wurzeln zusammenfinden, sie werden zusammenwachsen zu einem starken Stamm und die einzelnen Bäume werden einen großen Wald bilden. Laßt uns nur durch die Arbeit in unserem Boden Wurzel schlagen, wir werden uns dann als ein Stamm fühlen.

Hier sitzen Linke, Rechte und Zentrum. Alle streiten miteinander in der Welt der Ideen, der Phantasien und Pläne. Wenn Sie an die Tat gehen, merken Sie erst, wieviel unnütziges Gerede und leere Worte in diesem Streit vorhanden sind. Werfet die Worte in den Schmelztiegel der Tat und das reine Gold wird von selbst als ein starker Barren ausscheiden. In der Arbeit kommt man stillschweigend, ohne Worte, zu einer Einigung. Gerade die Rechte muß es wissen, daß die größte Tat, die wir jetzt erleben, durch die Linke vollbracht wird. Nicht nur in Palästina, sondern in Rußland, in den fürchterlichsten Zuständen, in denen sich das ganze Judentum befindet, sind wir Zeugen einer der prachtvollsten Erscheinungen unseres [illegible] der jüdischen Welt. Zehntausende jüdischer junger Leute, Kinder und Enkel von [illegible], die die produktive Arbeit kannten, stehlen sich über gefahrvolle Stege und Grenzen und strömen in das gelobte Land, um dort die schwersten Arbeiten monate- und jahrelang zu verrichten, um produktive Arbeit zu leisten und von ihrer Hände Arbeit zu leben. Wo in aller Welt haben wir eine ähnliche Erscheinung gesehen? Es ist keine Mode, kein Jugenddrang, und es ist in der Geschichte noch nicht vorgekommen, daß Tausende von jungen Leuten sich selbst zu solcher Zwangsarbeit verurteilen. Das ist eine einzig bestehende Erscheinung auf der ganzen Welt.

Und wenn wir überhaupt eine Hoffnung haben, unser Leben zu verbessern und es menschlicher zu gestalten, so beruht diese Hoffnung ausschließlich auf unserer Jugend. Vielleicht werden sie die ersten sein, die den Traum der besten Menschheit verwirklichen werden. Was nicht durch die Gewalt geschehen konnte, das wird durch sie im stillen vollbracht. Und ich bin überzeugt, daß sie auch diese Tat echt jüdisch vollziehen werden. Es ist für sie keine Pose, kein Spiel. Sie haben zu diesem Ideal der Arbeit dasselbe Verhältnis wie das alte Judentum zu den Geboten der Thora. Es ist für sie eine Religion, ein Kultus der Arbeit. Und diese neue Religion hat uns Palästina durch den Haphel Hazair und seine besten Vertreter, wie den seligen Brenner und seine Genossen, gegeben. Diese Bewegung wurzelt tief in den religiösen Gefühlen unserer Jugend, ohne daß sie es vielleicht weiß oder zugeben will. Und einst wird in Palästina eine neue Religion entstehen, die Religion der Arbeit, und diese Religion werden wir ebenso treu halten, wie wir die alte Thora gehalten haben.

Aber die Vertreter der Linken sollten nicht die Rechte geringschätzen oder sie gar verachten. Vielleicht ist es die Rechte, die bis jetzt treu die Ideale der Thora aufrechterhalten hat, diejenige, die Ihnen diese Ideale überhaupt ermöglicht hat. Die Orthodoxie hat treu das einzige Dokument bewahrt, kraft dessen wir unser Land verlangen. Unser einziges Dokument aus Palästina ist die Thora. Wäre nicht das fromme Judentum, wer weiß, ob Sie überhaupt so weit gekommen wären; ob Sie gerade Palästina gewählt hätten und ob Sie gerade in Palästina die Rettung Ihrer Seele und des ganzen Volkes gesucht hätten.

Das Zentrum aber, diejenigen, die auf beiden Stühlen sitzen; die das eine zwar tun, aber auch das andere nicht lassen möchten, die sich als gute Rechenmeister betrachten und Palästina nur nach kühler Berechnung bauen wollen, frage ich: Wo waret ihr mit euren Rechenkünsten vor 20 Jahren? Habet ihr damals nicht berechnet, was uns die Geulah jährlich kostet, was euch die Ansiedlungs- und Uebersiedlungsschwierigkeiten kosten? Hättet ihr vor 20 Jahren berechnet, was der Krieg und die Revolution gekostet haben, ihr hättet euer Vermögen nach Palästina gerettet und wäret nicht gezwungen, Delegationen nach Amerika zu schicken, um dort bei den reichen Juden zu betteln. Aber nicht mit Geld werden wir Palästina bauen, wie wir es auch nicht mit dem Schwert bauen werden. Genau so wie beim Bau des Tempels der Klang des Eisens nicht ertönen durfte, weil Eisen Vernichtung bringt, während der Tempel Versöhnung herbeiführen muß — genau so sollten wir bei dem Bau Palästinas nicht den Klang des Silbers vernehmen. Weder der Klang des Eisens noch der Klang des Silbers — der Klang des Arbeiterliedes wird Palästina aufbauen.

Ihr gebt den Arbeitern nur Geld, aber sie geben euch eure Ehre. Sie waschen die Schande des Parasitentums von euch ab und machen euch wieder zu einem Volke der Arbeit, das auf seine eigene Kraft vertrauen kann.

Und nun möchte ich ein paar Worte unseren Führern widmen. Wir haben sie gewählt und haben ihnen unser Vertrauen ausgesprochen. Wir müssen sie aber bitten, daß sie, genau so wie das Volk zu Ihnen Vertrauen hat, auch zum Volke Vertrauen haben. Das Volk wird sie nicht im Stiche lassen. In der Stunde der Not mögen sie sich an das Volk wenden, das sich hinter sie stellen wird. Das wird aber nur dann geschehen, wenn wir dem Volk ein neues Ideal geben werden, wenn wir nicht nur schlechte Nachahmer von kleinen Völkern sein werden. Das Fundament unserer Wiedergeburt muß ein hohes Ideal werden, eine bessere Lebensform als die, in der sich unser Volk befindet. Wenn wir uns aber nicht von diesem hohen Ideal leiten lassen werden, wird Gott nicht in unserer Mitte weilen. Bei dem Auszug aus Aegypten, in der Wüste, auf dem Wege nach Palästina, [illegible] die Priester, [illegible] das Volk folgte [illegible] Stämme geteilt, jedoch von einem [illegible]. In der Mitte aber über allen [illegible] die Bundeslade, in der sich die Tafeln [illegible] befanden. Auf unserer [illegible] Wanderung müssen wir uns neue Tafeln geben, auf denen ein neues Lebensideal geschrieben steht. Und nur dann wird das Volk den Führern folgen. Im Kampfe mit Amalek stand Moses auf dem Berge und stützte seine Hände auf Aron und Chur. Aron ist das Symbol des Priestertums, Chur das der Kunst und des Gewerbes. In unserem jetzigen Kampf müssen sich unsere Führer ebenfalls auf die Thora und auf die Arbeit stützen; dann ist unser Sieg sicher.

Inland.

Der Präsident in der Slowakei.

Anläßlich der Reise des Präsidenten durch die Slowakei überreichten ihm die Vertreter des jüdischen Volksverbandes folgendes Memorandum:

Das Memorandum des Volksverbandes der Juden für die Slowakei und der Vereinigten jüdischen Parteien.

Herr Präsident!

Als die Ereignisse vom 28. Oktober des Jahres 1918 den Auftakt zu historisch bedeutsamen Umwälzungen einleiteten und in der Aufrichtung des Tschechoslowakischen Staates ihr Ziel fanden, war es den Juden der Slowakei klar geworden, daß auch für sie eine neue Geschichtsepoche angebrochen war.

Während jedoch die Mehrheit dieses Staates sich der errungenen Freiheit erfreuen durfte, brachten uns jene Tage ein solches Uebermaß unverschuldeter Leiden und Kränkung, daß wir nur voll tiefsten Schmerzes derselben gedenken können. Dennoch verzagten wir nicht in der Hoffnung auf den Sieg der Gerechtigkeit und im Bewußtsein, daß Sie, Herr Präsident, es sind, der an der Spitze dieses Staates steht und dessen Landespolitik mit seinem von den hehrsten Grundsätzen getragenen Geist erfüllt. Dieses Bewußtsein gab uns die Kraft, im Februar 1919 den Volksverband der Juden für die Slowakei ins Leben zu rufen, jene umfassende Organisation, welche sich das Ziel gesetzt hat, die politischen sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Juden in der Slowakei im Sinne des Minoritätenschutzgesetzes zu vertreten, parallel den politischen Zielen, welche die Narodna rada zidovska in Prag verfolgt.

Herr Präsident! Die Loyalität liegt im jüdischen Volkscharakter. So wie wir dem früheren ungarischen Staate treue, von Hingebung erfüllte Staatsbürger waren, so sind wir es dem jetzigen Tschechoslowakischen Staate gegenüber vorbehaltlos und ohne Hehl. Wenn wir auch der Wahrheit die Ehre gebend mit Genugtuung konstatieren, daß sich seit jenen traurigen Tagen die Verhältnisse im allgemeinen für uns Juden gebessert haben, müssen wir dennoch mit Bedauern feststellen, daß sich in manche gesetzliche Bestimmungen und namentlich aber bei manchen Unterbehörden noch immer nicht die Erkenntnis von der uns verfassungsmäßig verbrieften Gleichberechtigung zu harmonischem Einklang im politischen und wirtschaftlichen Leben durchgesetzt hat.

Ein eklatantes Beispiel hiefür bildet die Tatsache, daß die Juden der Slowakei jeder parlamentarischen Vertretung entbehren müssen, trotzdem 45.000 jüdische Wähler den Willen zu einer jüdischen parlamentarischen Vertretung kundgegeben und gelegentlich der Wahlen durch ihr Votum besiegelt haben.

Hier im Sinne der demokratischen Grundsätze eine Aenderung des uns schädigenden Wahlgesetzes eintreten zu lassen, wäre die erste Bitte, die wir Ihnen, Herr Präsident, zu unterbreiten die Ehre haben.

Einen wichtigen Gegenstand, der unsere Zukunft mit Sorge erfüllt, bildet die Schulfrage.

Unseren geistigen Besitzstand zu erhalten, gehört zu den nationalen und kulturellen Lebensnotwendigkeiten der jüdischen Gemeinschaft. Und so selbstverständlich es für uns ist, unser Schulwesen den allgemeinen Forderungen der Landeskultur anzupassen, so unentbehrlich ist es für uns, dasselbe im Geiste unserer vieltausendjährigen Tradition in Sprache, Geschichte und Ethik nicht nur zu erhalten, sondern im neuzeitlichen Geiste zu vervollkommnen.

Im organischen Zusammenhange mit der Schulfrage steht diejenige eines jüdischen Referenten für jüdische Angelegenheiten im Ministerium, auf dessen Ernennung wir im Namen der Gerechtigkeit eine Ingerenznahme erlangen müssen, als derselbe die Aufgabe hat, alle im jüdischen Geistes- und Kulturleben auftauchenden und dasselbe tangierenden Fragen nicht nur zu beherrschen, sondern auch die jüdischen Interessen mit den jeweiligen Staatsforderungen in Einklang zu bringen.

Bei dieser Gelegenheit [illegible] uns gestattet, schon im Interesse der Reputation des hiesigen Hochschulbetriebes eines Uebelstandes zu gedenken, der für uns Juden ebenso verletzend wie kränkend ist.

Unsere jüdische unbemittelte Universitätsjugend führt bittere Klage darüber, daß sie gegenüber ihren nichtjüdischen Kollegen bei Zuweisung von Wohnungen einer ungleichen Behandlung teilhaftig wird. In den geheiligten der Wissenschaft gewidmeten Hallen der alma mater und ihrer Institutionen sollte, so denken wir, der Geist des numerus clausus verbannt sein, umsomehr als ihn unsere humane Gesetzgebung nicht kennt.

Auch können wir nicht umhin, auf den schleppenden Gang hinzuweisen, mit dem das Verfahren der Wiedergutmachung der im Revolutionsjahre verübten Plünderungen zum Schaden Tausender jüdischer Familien ins ungewisse verzögert wird und erbitten, Herr Präsident, im Namen der Gerechtigkeit, diesen Unglücklichen Schutz und Hilfe angedeihen zu lassen.

Die Judenschaft der Slowakei hegt für Sie, Herr Präsident, die Gefühle aufrichtiger Ehrerbietung und Wertschätzung und legt Gewicht darauf, Sie durch ihre Vertreter hievon in Kenntnis zu setzen.

Indem wir uns dieser ehrenden Aufgabe hiemit unterziehen, zeichnen wir hochachtungsvoll und ergebenst:

Das Präsidium des Volksverbandes der Juden für die Slowakei:

Isidor Knöpfelmacher.

Das Exekutivkomitee der Vereinigten jüdischen Parteien:

David Fleischmann.

Die Antwort des Präsidenten.

Anläßlich des Besuches des Präsidenten Masaryk in Bratislava fand Montag abends im Regierungsgebäude ein Rout statt, bei dem Vertreter aller Parteischattierungen und Religionen vertreten waren. Die anwesenden Vertreter der Judenschaft sahen mit besonderer Genugtuung, daß der Präsident den erschienenen jüdischen Vertretern große Aufmerksamkeit widmete. In Vertretung des Volksverbandes und der Vereinigten jüdischen Parteien waren erschienen: die Herren Bernhard Weiß, Jakob Grünwald (Bratislava) und Josef Müller (Trstená)

Dienstag vormittags fand ein Empfang im Rathause statt, an dem in Vertretung des Volksverbandes die Herren Dr. Leo Sipos und Bernhard Weiß teilnahmen. Herr Dr. Leo Sipos begrüßte den Präsidenten und überreichte ein Memorandum. Der Präsident erklärte wohlwollend:

„Ich kenne Ihre Bewegung und weiß Ihre Tätigkeit zu würdigen."

Zum Redakteur Hermann Pordes bemerkte der Präsident über die Juden in der Slowakei:

„Ich habe gesehen, daß die Judenschaft beträchtlich loyal ist. Bei uns bringt man überhaupt allen jüdischen Angelegenheiten großes Interesse entgegen. Das sehen wir auch anläßlich des Zionistenkongresses, der jetzt in Karlsbad abgehalten wurde. Ich glaube, daß es unserer Judenschaft gut geht. Insbesondere, wenn man sieht, wie die Juden in der Nachbarschaft behandelt werden."

Die Konferenz der glaubens- und gesetzestreuen Juden von Böhmen, Mähren und Schlesien in Brünn.

Sonntag, den 18. ds. fand in Brünn die 1. Konferenz der gesetzestreuen Juden im Sitzungssaal der Kultusgemeinde statt. Die Konferenz war von zirka 100 Delegierten besucht.

Die Konferenz eröffnete der Ung.-Broder Rabbiner Dr. Nürnberger, der hebräisch und deutsch begrüßte. Ueber Vorschlag des Prof. Dr. Eugen Lieben (Prag) wurde folgendes Büro gewählt: Vorsitzender Dr. Max Beer, Advokat (M.-Ostrau), Stellvertreter Dr. Jeiteles und Markus Ungar (Prag), Schriftführer Dr. Josef Flesch und Arnold Steiner (Brünn). In den Permanenzausschuß wurden gewählt die Herren: Dr. Baß (Oberberg), Dr. Nürnberger, Ung.-Brod, Dr. Beer (M.-Ostrau), Dr. S. Lieben (Prag), S. Tiecer (Jägerndorf), Max Hickl (Brünn), A. Steiner (Brünn), Jakob S. Schön (Ung.-Brod), G. Springer (Boskowitz), Moritz Spiegel (Troppau), Ch. J. Schönberg (M.-Ostrau), M. Ungar (Prag). Ueber Antrag Dr. Theodor Haas (Brünn) wird an den Präsidenten Masaryk ein Telegramm entsendet. Hierauf erstattete Dr. Max Beer sein Referat über: „Die Lage der gesetzestreuen Juden", in dem er über die trostlosen Verhältnisse sprach. Es referierten noch: Dr. Nürnberger über: Organisation, Direktor Springer und Ungar über: Programm, Dr. S. Lieben über: Hilfe für die ukrainischen Waisenkinder. Nach Erstattung der Referate wurden die Begrüßungsschreiben verlesen und die üblichen Begrüßungsreden gehalten, worauf es zu einer ziemlich erregten Debatte über das Referat Ungars kam. Ueber Antrag Hickl wurde das Referat „Politik" von der Tagesordnung abgesetzt. Dem „Jüdischen Nationalrat" Prag wurde für seine bisherige Tätigkeit der Dank ausgesprochen. Es wurde ein großes Exekutiv-Komitee gewählt mit folgenden Herren: Dr. Alt, M.-Budwitz, Dr. Baß, Oberberg, Oberrabb. Dr. Brody, Prag, Karl Beer, Holleschau, Karl Bäck, Ung.-Brod, Dr. M. Beer, M.-Ostrau, Oskar Bogab, Brünn, S. Tiecer, Jägerndorf, W. Czurzka, Gaya, Dr. Josef Flesch, Prag, Dr. Freiseld, Straßnitz, Rabb. Friedmann, Horazdowitz, S. Frühmann, Brünn, Jakob H. Glück, Ung.-Brod, Max Hickl, Brünn, Oberpostrat Dr. Hrdlicka, Brünn, Dr. Isidor Jeiteles, Dr. Berth. Jeiteles, Prag, Prof. Dr. E. Lieben, Dr. S. Lieben, Prag, Leopold Löwinger, M.-Ostrau, M. Meisl, Brünn, Rabb. Dr. Nürnberger, Ung.-Brod, Dr. Sicher, Nachod, W. Sonderling, Brünn, Jak. S. Schön, Ung.-Brod, Ch. J. Schönberg, M.-Ostrau, Moritz Spiegel, Troppau, Arnold Steiner, Brünn, Dr. Stransky, Brünn, Dr. Unger, Brünn, M. H. Unger, Teplitz-Schönau, Markus Ungar, Prag, S. Werner, Raubawitz, S. Zobel, Boskowitz, Heinr. Zaitschek, Brünn. Ueberdies wurde beschlossen, daß alle konservativen Rabbiner der Exekutive angehören. Nachdem noch ein engeres Exekutivkomitee aus den Herren Max Beer als Obmann, Direktor Gustav Springer als Kassier bestehend gewählt wurde, schloß der Vorsitzende die Konferenz. Das Zentralbüro der neugeschaffenen Organisation befindet sich Brünn, Adlergasse 12.

An die jüdischen Soldaten.

Vom Landesverband der Israel. Kultusgemeinden in Mähren wird bekanntgegeben, daß das Ministerium für nationale Verteidigung angeordnet hat, daß alle jüd. Soldaten am 2. Oktober nachm., 3. und 4. (Rosch Haschanah), am 11. und 12. (Jom Hakipurim) und am 17. und 18. (Sukkoth) dienstfrei und womöglich Urlaub bekommen.

Glückwunschenthebungen zu Rosch-Haschanah 5682 zugunsten des J. N.-F.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten wünschen ein glückliches Neujahr im Wege der Neujahrswunschenthebung zu Gunsten des Jüd. Nat.-Fonds:

Brünn: Dr. Arnold Weiner 20 K, Dawid Unger 11 K; je 10 K: Dr. M. Dische, Simon Cucka, Siegm. Berkowitsch und Frau, A. J. Ticho, Dr. Schreier, Daniel Glücklich, Otto Wessely, Egon Huber, Antonie Oberländer, Ing. Schneider, Berth. Klein, F. Herzka, Gisela Loch, Max Goldmann, Siegm. Piowaty, Rud. Meisel, Lotte Blinder, Siegfr. Keßler, Keßler und Benedikt, Julius und Else Elsner, Hilde Grosheim 5 Kronen.

Bisenz: Heinrich und Rosa Büchler, Fam. Kuhner, Anninka Kien, Oskar und Milli Frankl, Fam. Wolf, Emil Dusak, Johann Jellinek, F. Jellinek, Fam. Zweigenthal, Sofie Sabl, Fam. Brief, Ernestine Fischer, Fam. Sam. Juhn je 10, Alfred und Grete Juhn 12 Kronen.

Deutsch-Jaßnik: Heinr. Hirsch 60 Kr.

Dinkovic: Fam. S. Emil Haas 30 Kr.

Freiberg: Ignaz Goldberger 5 Kronen.

Freistadt: Familie Getreider 10, Herr u. Frau Palenker 12, Familie Leo Beer 10, Familie Gorlitz 10, Familie Schneier 10, Fam. Unger 10, Sigmund Werner und Frau 14, Fam. Dr. Teitelbaum Adolf 10, Fam. Hoffmann 14, Fam. Dr. Fuchs 10, Ernst Blumenthal 10, Fam. Biheller 10, Fam. Scheuer 10, Fam. Rud. Blumenthal 10, Fam. Elsner 10, Fam. Schnitzer 12, Fam. Freud 10, Fam. Gichner 10, Fam. Leo Rosenberg 24, Fam. Eugen Gichner 10, Fam. Lustig 10, Fam. Holländer 10, Wilhelm Beer, Fam. Fink, Dr. Obstler, Artur Löwy je 10 Kronen.

Goldenstein: S. Schönfeld 20 Kronen.

Hosterlitz: Dr. Erwin Samstag 10 Kr.

Holleschau: Alfred Winardt 12 Kronen.

Iglau: Dr. Ph. Kürschner 10 Kronen.

Jamnitz: Dr. H. Wertheimer 20 Kronen.

Kremsier: Ignatz Knöpfelmacher 10, Ludwig Beer 10, Ig. Zwillinger 10 Kr.

Kojetein: Ernst Löwenthal 10 Kronen.

Lundenburg: M. Donnefeld 10 Kronen.

Mähr.-Schönberg: Jakob Stern und Sohn 5 Kronen.

Mähr.-Kromau: Heinrich Glücksmann 10 Kronen.

Mähr.-Ostrau: Glesinger Rudolf 200, je 100: Dr. Althach Robert, Dr. Stern Leo, Stern Artur, Weißlitz Bertha, Ziegeltuch Moritz, Emil und Julius Huppert; je 50: Fischer Josef, Resch Viktor, Neiger Joachim, S. Rosen, Krieger Leo, Dr. Rud. Tramer, Oberinspektor Vogel Adolf, Schein Siegfried, Immerglück Ernst, Reicher Hugo, Dr. Othmar Huß, Arnold und Mitzi Löwy, Dr. Felix Winterstein, Ing. Silbiger Siegfr., Witkowitz, Dr. Josef Rufeisen 65; je 40: Berger Siegfried, Ost David; je 30: Löwy Leop., Richtenhauser Herm., Flaumenhaft Emil, Kopper Alois, Hirsch Josef, Privoz; je 25: Tauber Josef, S. Pachner; je 20: Dr. Max Röhm, Ibler Julius, Meierhof Heinrich, Arthur Pollak, Dr. Baumer Eduard, Fuchs Wilh., Süßmandl Josef, Dr. Altenstein Sigm., Dr. Lanzer Adolf, Stiller Ignaz, Ehrlich Alb., Offner Emil, Löwy Jonas, Oberkantor M. Löwy, Türk Oskar, Oberkantor Groß, Witkowitz, Ambor Samuel, Witkowitz, Ing. Kresta Emil, Privoz, Ing. B. Spitzer, Privoz, Sonnenschein, Privoz, Ing. Ernst Frischer, Privoz, Silbiger Leop., Witkowitz, Herlinger Eugen, Schl.-Ostrau; je 15: Grün David; je 10: Böhm Alfred, Böhm Siegfried, Bock Karl, Frank Josef, Fuchs Arn., Bodenstein Ignaz, N. Rosenzweig Adolf, Groß Bruno, Goldflinger Bernh., Groß Irma, S. Reschowsky, Platschek Richard, Teichner Moritz, Vogel Johanna, Forscher Moritz, Schmitz Emanuel, Melzer Jakob, Melzer Bruno, Adler Max, Dr. Franz Kahn, Dr. Hugo Herrmann und Frau, Mila Musil, S. Schulsinger, Förster Jul., Hruschau, Heitlinger Josefine, Schles.-Ostrau, Lauser Jakob, Schles.-Ostrau, Ing. Ferdinand Löwy, Privoz; je 5: Dr. R. Färber, A. Goldstein, Süßer Karl, Engelstein L., Hruschau.

Neutitschein: J. Silbiger, J. Körner je 10 Kronen.

Novy Rusinov: Barber Hugo 10 Kronen, Mimk 10 Kronen.

Olmütz: Karl, Rudolf Schulhof, Josef Grünberger, Julius Haas, Anastasius Haas je 10, Siegmund Fischer 20, S. Herz 5 Kr.

Proßnitz: Dr. Robert Sonnenmark 20, Jakob Weiß 10 Kronen.

Voruba: Em. Panzer 10 Kronen.

Polanka: Rosa Rosenblum 15 Kronen.

Rožnau: Herm. Link 25 Kronen.

Standing: Adolf Fisch 10 Kronen.

Straßnitz: Fam. K. Schön, Josef Zehngut, Amalie Mandler, Leop. Zehngut, Otto Königstein, Max Hahn, Josef Mandler, Arthur Zaitschek, Arthur Kohn, Siegm. Winterstein und Frau, Witzner Adolf, Herm. Felix, Joh. und Else Redlich, Isabella Reiß, Max Zaitschek, Paula Rebenwurzel sen., Rebenwurzel Hans je 10, S. Müller 6, Moritz Grünwald, Lazar Königstein, Botstieber Isid., Pinkus Kornfeld, Stolfa Stefanie, Kornfeld Siegfr., Max Siebenschein, Jenny Deutsch, Philipp Mandler je 5, Paula Müller, Berta Weiß, Regine Eisinger je 4, Siegf. Sommer 3, Valentin Marko, Sam. Pick je 2 Kronen.

Schönbrunn: Herm. Klein 10, Johann Jellinek 20 Kronen.

Troppau: Dr. Gustav Kohn u. Frau 10 Kr.

Ung.-Hradisch: Siegm. Fuchs 10, Dr. Jellinek 10 Kronen.

Ung.-Ostra: Fr. Fränkel, Siegm. Klein, Leo Klein, Nußbaum, Herm. Ziemlich, Neufeld, Grünbaum, Brada, Leop. Sonnenfeld, Träubl, Leo Reich, Dr. Stern, Josef Grünfeld, S. Adler je 10, Rosenfeld, Max Czech, Singer, Ziemlich, Wagner, S. Sonnenfeld, Else Hirsch, Fanny Klein, Adolf Grünfeld, Em. Klein, H. Mandl, Fried, Grell Seidner, Moritz Müller je 5 Kronen.

Wigstadtl: Dr. Adolf Dux 10 Kronen.

Wall.-Meseritsch: Moritz Hufserl 2 Kr.

Zbeschov: Unleserlich 5 Kronen.

Göding: Julius Hostasch, Karl Goldschmied, Leop. Herzog je 10 Kronen.

Kremsier: Ernst Löff 10 Kronen.

Munkač: Alexander S. Spiegel 15 Kronen.

Troppau: Eduard Lanzer 10 Kronen.

Erez Israel.

Politisches.

Zollsystem.

J. P. Z. Laut dem „Mukatam" wandte sich die palästin. Regierung an die ägyptische Zollverwaltung mit dem Ersuchen, ihr Einzelheiten über das ägyptische Zollwesen und dessen Organisierung mitzuteilen, da sie gedenke, in Palästina ägyptische Zollsystem einzuführen.

Von der Polizei.

J. P. Z. Die Regierung hat einen Lohntarif für das Polizeikorps festgesetzt, bei durchschnittlich 80prozentiger Lohnerhöhung.

Enthebung eines Polizeidirektors.

J. P. Z. Laut „Jaffaer Palestine" hat die Regierung den Polizeidirektor, [illegible] [illegible] seines Postens enthoben.

[illegible] Konstituante.

Der Leiter des Justizwesens, Mr. Bentwich, ist für zwei Monate nach London berufen worden, um dort bei der Ausarbeitung der Konstitution mitzuwirken. Die Regierung hat bekanntlich gleichzeitig hier ein Komitee von arabischen (christlichen und mohammedanischen) Notabeln einberufen, die ihr bei dieser Frage beratend zur Seite stehen sollen. Von seiten der Juden ist bisher kein solches Komitee einberufen worden, vermutlich weil die Regierung den Waad Haleumi als Repräsentanten des organisierten Jischub ansieht.

W. S. Z.

Musterpolizei.

Die von der Regierung beschlossene Organisierung einer neuen Musterpolizei (Selected Police) ist in vollem Zuge. Die Polizei wird aus Reitereskadronen, einer Kameleskadron und zwei Fußeskadronen bestehen; die Zusammensetzung soll in der Weise erfolgen, daß Juden und Araber in gleicher Zahl (zirka 175) aufgenommen werden. Außerdem soll eine Anzahl Tscherkessen aufgenommen werden. Die Reitereskadron wird aus 40, die Fußeskadron aus 95 Mann, außer den Unteroffizieren, bestehen. Die Entlohnung beträgt für den Reiter ohne Charge 9 Pfund Sterling, für den Fußgendarmen 8 Pfund Sterling im Monat, außerdem Ausrüstung, Wohnung und ärztlichen Dienst. Die Berittenen müssen ihr Pferd selbst mitbringen. Bisher haben sich beim Waad-Haleumi jüdische Kandidaten in großer Anzahl gemeldet.

W. M. Z.

Entwurf einer jüdischen Gemeindeordnung.

Der palästinensische Mitarbeiter der „JPZ" teilt mit: Der Waad Leumi überreichte sämtlichen Mitgliedern der Delegiertenversammlung die von ihm gemeinschaftlich mit einem besonders dafür eingesetzten Komitee ausgearbeiteten Grundbestimmungen der Organisierung der jüdischen Gemeinden, mit der Bitte, wegen Dringlichkeit der Frage, in schriftlicher Beantwortung dazu Stellung zu nehmen, da die Regierung ehestens Vorschläge bezw. der Gemeindeverordnungen verlangt. Die Hauptbestimmungen dieses Entwurfes sind: Ueberall, wo mehr als 30 volljährige Juden beiderlei Geschlechtes wohnen, bilden diese eine Gemeinde. Jede Gemeinde bildet eine juristische Persönlichkeit mit allen einer solchen zustehenden Rechten. Aufgabe der Gemeinde ist es, die allgemeinen Bedürfnisse der Gemeinde, geistige und materielle, zu befriedigen u. zw.: Organisierung der Religionsanstalten, Erziehung und Kultur, gesellschaftliche Hilfe, Hilfe für Einwohner und philanthropische Tätigkeit, Gesundheitsschutz der Mitglieder der jüd. Gemeinden, Führung der Matrikeln, Initiativen beim Waad Leumi in allgemeinen Fragen, die über die Gemeindetätigkeit hinausgreifen, Verwaltung des Gemeindeeigentums, und an Orten, die ausschließlich von Juden bewohnt sind, auch Durchführung allgemeiner wichtiger Reformen wie Wasserversorgung, Straßenreinigung, Beleuchtung, Stadtverschönerung, Kampf gegen Preiswucher und dergl. mehr. Die Gemeindeeinnahmen bilden: Eine allen Gemeindemitgliedern auferlegte Pflichtsteuer, Einnahmen von Besitz und Anstalten der Gemeinde, Taxen, wie Schächt-, Begräbnis-, Legalisierungsgebühren und dergl., die mannigfachen außerordentlichen Einnahmen, wie Schenkungen, Erbschaften und dergl. und die der Gemeinde von der Regierung und dem Waad Leumi zur Verfügung gestellten Summen. Die Pflichtsteuern haben zu bestehen aus einer progressiven Einkommensteuer und einer Erbschaftssteuer. Die Einkommensteuer soll 8 Prozent des Einkommens nicht überschreiten. Alle Gemeindeangelegenheiten werden auf einer allgemeinen Generalversammlung aller Mitglieder und durch ein erwähltes Aktionskomitee entscheiden. Wo infolge der großen Einwohnerzahl keine allgemeine Generalversammlung stattfindet, wird ein Gemeinderat gewählt, der die Generalversammlung vertritt. Aktives Wahlrecht haben alle Gemeindemitglieder über 20 und passives über 25 Jahren, die hebräisch lesen und schreiben können. Die Wahlen sind allgemein, direkt, gleich, geheim und proportionell. Die Generalversammlung resp. der Gemeinderat bildet das oberste Organ der Gemeinde und beschließt über alle ins Arbeitsbereich der Gemeinde fallenden Fragen, das Budget, Gründung und Erhaltung der verschiedenen Institutionen, organisiert das Rabbineramt, wählt Richter usw. Einer geschlossenen Minorität innerhalb der Gemeinde steht das Recht zu, die Befriedigung ihrer religiösen und kulturellen Bedürfnisse gemäß ihrer Beteiligung an den Gemeindesteuern zu verlangen, insofern dies nicht zum Umsturz [illegible] Gemeindeinstitutionen führen würde. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen Majorität und Minorität in diesen Fragen entscheidet der Waad Leumi. Zwecks Leitung der allgemeinen Gemeindeangelegenheiten wählt die Generalversammlung resp. der Gemeinderat eine Exekutive, die die Gemeinde bei der Lokalregierung und dem Waad Leumi vertritt. Die Exekutive vollstreckt die Verordnungen der Regierung und des Waad Leumi und die Beschlüsse der Generalversammlung resp. des Gemeinderates, führt die Amts- und Matrikenbücher, beaufsichtigt das Vermögen und die Beamten usw. Jede Gemeinde kann gewisse Bestimmungen festsetzen, entsprechend den lokalen Bedürfnissen, insofern diese nicht den Grundbestimmungen dieser Verordnung widersprechen. Die palästinensische Zentralregierung beaufsichtigt die Gemeindearbeit auf dem Wege ihrer allgemeinen Landeskontrolle. Aenderungen an dieser Verordnung kann nur die Assefat Hanivcharim (Delegiertenversammlung) vornehmen.

Wirtschaftliches.

Sanddünen.

J. P. Z. Wie offiziell verlautbart wird, hat der High Commissioner das ganze Areal sandiger Dünen in der Nähe von Rischon-le-Zion, insgesamt 21.000 Dunam, den Einwohnern von Rischon-le-Zion als „verlassener Boden" zum Wohle sämtlicher Koloniebewohner zur Verfügung gestellt u. zw. unter folgenden Bedingungen: Der Boden muß innerhalb 5 Jahren mit Bäumen bepflanzt werden; jeder, der eine solche Bodenfläche als „verlassenes Land" in Besitz nimmt, muß beweisen, daß er den Boden bepflanzt und die Bedel-el-Misl-Steuer bezahlt hat. Jeder Bewohner Jaffas, der ein Areal sandigen Bodens im Süden Jaffas angesät und bepflanzt hat, gemäß der Bekanntmachung der Gemeinde des Bezirkes Jaffa, kann ebenfalls Eigentumsrecht unter den oben angegebenen Bedingungen für sich beanspruchen. Ein Gesuch um Erteilung des Eigentumsrechtes (Kuschan) muß an den Verwalter der Bodenbesitzabteilung binnen 2 Monaten vom Datum der Kundmachung an eingereicht werden. Jene Teile der Sanddünen, die nicht unter den Begriff „verlassener Boden" fallen, oder den Gesuchstellern nicht übergeben worden sind, werden als „herrenloser Boden" dekla-

stört, ebenso jedes in diesen „verlassenen Boden" fallende Areal, das während der angegebenen 5 Jahre durch die Koloniebewohner nicht angebaut worden ist.

Die Jaffaer arabische „Palestine" vom 31. Aug. veröffentlicht mit Bezug darauf einen Protest der Notabeln Jaffas gegen diese Uebergabe von 21.000 Dunam Boden an die Juden, ohne Zustimmung der Landeseinwohner. Diese Auslieferung des Bodens und seiner Schätze an die Juden bestärke die Araber in ihrer Meinung, daß die Juden tatsächlich die Absicht haben, die Araber aus dem Lande zu vertreiben und ihren Besitz zu übernehmen. Die Maßnahme sei geeignet, den Glauben der Araber an die britische Gerechtigkeit ins Wanken zu bringen. Zugleich wird auch gegen die Konzessionserteilung an Ing. Ruthenberg für das Audjaprojekt Protest erhoben.

Import und Export.

J. P. Z. Der Import im Juni beläuft sich auf 412.277 Pf., 143.804 Pf. mehr als im gleichen Monate des Vorjahres und der Export auf 35.145 Pf., 8000 Pf. weniger als im gleichen Monate des Vorjahres.

— Die Importeinnahmen für Tabakprodukte seit Aufhebung des Tabakmonopols betragen, inbegriffen der vor diesen Daten in Depositen erlegten Beträge für den April 11.477, Mai 14.075 und Juni 15.997, zusammen 41.549 Pfund.

Die Ernte.

J. P. Z. Der Ertrag der Winterernte in den nördlichen Bezirken Palästinas wird auf 65—70 Prozent des letztjährigen Ertrages geschätzt während in den südlichen Distrikten ein norm. Ertrag erwartet wird. Der Ertrag der Sommerernte ist infolge der außergewöhnlichen Hitze im allgemeinen nicht befriedigend. Es steht nur eine schwache Olivenernte in Aussicht. Dagegen versprechen Mandeln und Feigen eine Durchschnittsernte, trotz der verschiedentlich zu verzeichnenden Insektenplage. Die Traubensaison verspricht gut zu werden und der Handel mit Aegypten großen materiellen Nutzen seit der Einführung spezieller Traubenwagen bei den Passagierzügen und andere Erleichterungen. Der Viehstand ist befriedigend. Die Maul- und Klauenseuche konnte erfolgreich bekämpft werden, sodaß sich kein weiterer Fall ereignete.

[illegible] in Westpalästina.

J. P. Z. Die von der Regierung eingesetzte Bodenprüfungskommission, bestehend aus Major Abramson als Präsident und Kalvarisky und Faiz-el-Alami überreichte dem Oberkommissär ihren Rechenschaftsbericht, dem bez. des Bodenareals in Westpalästina zu entnehmen ist, daß Safed 236.100, Acre 952.300, Nazareth 429.800, Tiberias 382.500, Haifa 961.400, Jenin 1,573.900, Tul-Kerem 781.600, Nablus (Sichem) 850.300, Slesit 573.900, Jaffa 1,115.100, Jerusalem 2,076.400, Hebron 2,507.600 und Gaza 1,392.400 Dunam besitzen, total, exkl. Beer-Sheba, 14,852.400 Dunam.

Die Besiedlung.

Todesfall.

J. P. Z. In Jerusalem wurde der galizische Chaluz Friedrich Braun von einem Automobil überfahren und getötet.

Ansiedlung von 150 Arbeitern.

J. P. Z. Laut J. C. B. hat JCA beschlossen, 150 Arbeiter in Menhamie in Untergaliläa anzusiedeln. Die Arbeiter werden sich in einer Kwuzah organisieren und die Oberaufsicht über den ganzen Boden übernehmen, der der JCA in der Nähe von Menhamie gehört und einen Teil davon kultivieren. Sie werden auch eine Chaussee erbauen. Die JCA hat für diesen Zweck 2044 Pfund assigniert.

Kulturelles.

Archäologisches Sammelwerk.

J. P. Z. Unter Redaktion von N. Slousch ist das erste Sammelwerk der jüd. Gesellschaft zur Erforschung Palästinas und seiner Altertümer erschienen.

Erziehungswesen.

J. P. Z. Die Erziehungsabteilung des Waad Hazirim hat einen von ihrem Erziehungsdirektor Dr. Lourie verfaßten Rechenschaftsbericht, ein 68 Seiten starkes Heft herausgegeben, in dem sämtliche Erziehungsinstitute (Kindergärten, Volksschulen, Mittelschulen, Gewerbeschulen, Berufsschulen, Lehrerseminar), Lehrbücher, Einnahmen, Ausgaben, die Schulen der JCA und deren Einnahmen und Ausgaben, unter Beteiligung einer Gesamttabelle der Lehrer, [illegible] Lohnkategorien usw. behandelt werden.

Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

Misrachi-Vortrag in Mähr.-Ostrau.

Samstag, den 1. Oktober, 4 Uhr nachmittags wird Herr Dr. Färber im Bethause des Herrn Markus Schöfer, Karl Marx-Str. (Teichgasse) Nr. 19, einen allgemein zugänglichen Misrachi-Vortrag abhalten. Gäste sind herzlichst willkommen. Es wird beabsichtigt, Misrachi-Vorträge zur ständigen Einrichtung zu machen, so daß an jedem Sabbat zur selben Stunde im genannten Bethause ein Vortrag stattfinden wird.

Troppau.

Am Dienstag, den 20. September verstarb nach ganz kurzem Leiden Herr Jakob Friedhaber im Aussiger Sanatorium im 40. Lebensjahre.

Olmütz.

Gelegentlich des Besuches des Herrn Präsidenten Masaryk wurde auch die Deputation der israelit. Kultusgemeinde, bestehend aus den Herren: Vizepräsident der Kultusgem. Kommerzialrat Siegmund Fleischer, dem Ausschußmitglied Fabrikant Karl Schulhof und Rab. Dr. Oppenheim, empfangen. Herr Karl Schulhof begrüßte in tschechischer Sprache den Herrn Präsidenten, wie folgt: „Die israel. Kultusgemeinde in Olmütz begrüßt Sie, hochverehrter Herr Präsident, als das berühmte Oberhaupt der tschechoslow. Republik auf das Allerherzlichste und Allerhöflichste. Wir kennen Ihre allerliberalste Gesinnung gegenüber allen Religionen. Wir verdanken Ihnen schon Vieles und versichern Sie unserer ergebensten Loyalität." Daraufhin erwiderte der Herr Präsident beiläufig folgendes: „Ich bin immer objektiv gewesen und will auch meine Objektivität weiterhin wahren. In der tschechoslowakischen Republik sollen alle Religionen und Nationen die vollständige Freiheit genießen und will ich [illegible] dafür [illegible] nicht nur am Papier geschieht." [illegible] der Herr Präsident hat die Worte „nicht nur am Papier" besonders betont.

Bisenz.

Am 25. September veranstaltete der hiesige zionistische Verein eine Versammlung, die sehr gut besucht war, darunter Vertreter der zion. Ortsgruppen aus Ostra und Straznice, wobei Herr Fritz Fränkl aus Ung.-Ostra das Referat über den 12. zionistischen Kongreß erstattete. Herr Fränkl schilderte in ausführlicher Weise alle Verhandlungsgegenstände des Kongresses, gab hiezu alle statistischen Daten und Erläuterungen und schloß sein Referat mit dem Verlesen des beim Kongreß beschlossenen Aufrufes an das jüdische Volk. Nach dem Schlußworte des Obmannes Herrn Alfred Juhn löste sich die Versammlung auf. — Anschließend an diesen Vortrag fand abends im Hotel Löwy die 3. Delegiertentagung der zion. Arbeiterschaft (Bisenz, Ostra, Straznice, Gaya) statt. — Avisol Samstag, den 1. Oktober findet im Hotel Löwy ein Palästinavortrag mit Lichtbildern gehalten durch Gg. Wagner aus Ung.-Ostra statt.

Mähr.-Weißkirchen.

Da von böswilliger Seite die Nachricht verbreitet wurde, daß ich als Kantor hierorts plötzlich entlassen, erkläre ich wahrheitsgemäß, daß ich auf den Posten freiwillig ab 1. September, um mich ganz dem Kaufmannsberufe zu widmen, verzichtet habe. Ich habe von diesem Entschlusse dem Kultusvorsteher sowie dessen ersten Stellvertreter persönlich in Kenntnis gesetzt.

Es war mir unmöglich, bei einem fixen Gehalt von 8000 K inklusive Wohnungsbeitrag das Auskommen zu finden.

Moritz Kurzweil,
gewesener Oberkantor in M.-Weißkirchen.

Karlsbad.

Hier verstarb der aus Amerika zum Zionistenkongreß gekommene bekannte Schriftsteller Ben Awigdor. Ben Awigdor, der mit seinem bürgerlichen Namen Abraham Schalkowitsch hieß, ist aus der Schule Achad-Haams hervorgegangen und war einer der Mitbegründer des von jenem und seinem Kreise in den Neunzigerjahren geschaffenen Ordens „B'ne Moschch", welcher die Ideen Achad-Haams einer nationalgeistigen Regeneration durch das eigene Beispiel Awigdor eine hervorragende Rolle zu. Ben Awigdor betätigte sich später als hebräischer Schriftsteller. Sein eigentliches Gebiet waren kleine Skizze aus dem jüdischen Leben sowie die Schilderung aus dem Kinderleben, wobei ihm die feine Gabe der psychologischen Einführung gut zustatten kam. Ben Awigdors eigentliche Bedeutung liegt jedoch auf dem Gebiet der Verlagstätigkeit und er ist der erste moderne hebräische Verleger geworden. Er gründete die Verlagsgesellschaft „Tuschijah", den ersten großen hebräischen Verlag. Ein besonderes Verdienst erwarb er sich als Popularisator der hebräischen Literatur durch die Schaffung der kleinen Hefte der Sammlung „Sifre Agora", einer Art hebräischer Reclam-Bibliothek, welche um den Preis von zwei Kopeken massenhaft verbreitet wurden und viel zur Verbreitung der hebräischen Literatur beigetragen haben. Auch an dem Verlag „Achiasaf" hat er mitgearbeitet.

Ben Awigdor hat sich bleibende Verdienste um die hebräische Literatur erworben und sein Name wird als der eines ihrer werktätigsten Förderer unvergessen bleiben. W. M. Z.

Eine Gedenktafel.

Auf der Posthofpromenade wird in den nächsten Tagen eine von der zionistischen Ortsgruppe Karlsbad gewidmete Gedenktafel feierlich enthüllt werden, welche in hebräischer Sprache die Erinnerung an den zwölften Zionistenkongreß in Karlsbad für immerwährende Zeiten festhalten soll.

Jüdischer Sport

Hakoah Olmütz — D. F. C. Olmütz 3:1 (1:1). Sonntag den 25. September gelang es der Olmützer Hakoah den derzeit in Höchstform befindlichen D. F. C. einwandfrei zu schlagen, wobei bemerkt werden muß, daß die hohe Ueberlegenheit der Blau-Weißen noch lange nicht ziffermäßig zum Ausdruck kommt. 5 bis 7:1 hätte dem Kräfteverhältnis mehr entsprochen. D. F. C., der sich Verclik vom S. K. Olomouc zur Verstärkung geholt hatte, spielte überaus scharf, zeitweise ausgesprochen roh. Hakoah vollbrachte zwar keine Glanzleistung, kämpfte aber ungemein aufopfernd und belagerte fast ständig das Gästetor. [illegible] Publikum, der [illegible] Ueberlege[illegible] Sportwe[illegible] der helle germanische Zorn [illegible] einen Ordner der Hakoah. Beim Erscheinen eines Wacheaufgebotes zerstoben die mutigen Helden. Rowdies ärgster Sorte, in alle Winde. — Wie kann man sich auch nur von einer jüdischen Mannschaft schlagen lassen.

Witkowitz.

S. K. Hakoah Witkowitz — Jüdischer Arbeitersportklub M.-Ostrau 2:1. Das mit Spannung erwartete Zusammentreffen dieser Gegner zeigte nur recht mäßigen Sport. Es wurde übermäßig roh gespielt so daß das Spiel hierunter viel zu leiden hatte. Hakoah mit 2 Ersatzleuten für Pollak und Nufeisen, Jask mit Ersatz für Meßner: Spielverlauf: Die Gäste beginnen das Spiel im schnellen Tempo und erzielen in der 22. Minute den ersten Treffer. Einige weitere aus aussichtsreicher Position abgeschossenen Bälle fängt der Tormann Schönthal in glänzender Manier. Die Witkowitzer trachten das Spiel noch vor Halbzeit wieder einzustellen, doch ist Großer in der Verteidigung der Gäste auf seiner Hut. Huppert verschießt einige Male und so endet die erste Halbzeit. Nach Seitenwechsel kommen die Einheimischen mächtig auf und belagern scharf, so das die Gäste gezwungen sind, zeitweise alle 11 Mann in die Verteidigung zu stellen. In der 18. Minute der zweiten Spielhälfte spielt sich Haas schön durch und erzielt den Ausgleich. Wenige Minuten später wird der linke Half der Einheimischen scharf zu Fall gebracht und scheidet verletzt aus. Großer wird wegen Beleidigung des Schiedsrichters ausgeschlossen. Einige Minuten vor Schluß übernimmt Haas einen Torausschuß, überspielt die Verteidigung und sendet unhaltbar ein. Einige Spieler der Gäste sind mit diesem Resultat nicht zufrieden und verlassen das Spielfeld, so daß der Kapitän der Gäste gezwungen ist, das Spiel einige Minuten vor Schluß abbrechen zu lassen. Bei den Gästen glänzend der Zenterstürmer Matzner, bei den Einheimischen Barber, Schänzer und Haas. Huppert bringt mit seinem Wechseln des Platzes oft Verwirrung in seinen Sturm. Besonders diesmal spielte der Hakoahsturm ziemlich erfahren, was jedoch an den fehlen Pollaks und Nufeisen etwas erklärlich ist. Besuch mäßig.

Hakoah Benjamin — Jask Lehrlingsmannschaft 0:1, Eigengoal.

Hakoah Benjamin 2 — MOSC Benjamin 2 0:7.

Proßnitz.

Makkabi — Brünner S. K. 1:5 (1:1). Dieses Wettspiel wurde vorzeitig abgebrochen, da es auf dem Sportplatze zu häßlichen Szenen kam, da in den Tagesblättern derart dargestellt wurden, als ob Makkabi die Schuld träfe. Der subjektive Berichterstatter verschwieg jedoch, daß die Hauptursache dieser Szenen die war, daß Brünner Spieler einen jüdischen Kriegsinvaliden ob der sichtbaren Folgen seiner Verwundungen verhöhnten und jüdische Spieler mit „Saujuden" beschimpften. Daß unter solchen Umständen Tätlichkeiten nicht vermieden werden können, ist selbstverständlich. Die Brünner spielten derart roh, daß innerhalb der ersten 10 Minuten 3 Makkabispieler verwundet waren. Ein gutes Spiel war weder auf der einen noch auf der anderen Seite zu sehen.

Makkabi — Hanacka Slavia 3:1 (1:0). Ein beiderseits lax geführtes Spiel. Die Gäste waren mit einigen Ersatzleuten angetreten.

Jüdischer Nationalfonds.

Ausweis 35
vom 15.—23. September 1921

Allgemeine Spenden.

Auspitz: Hochzeit Wesely-Eisinger: Flora Jellinek 50, Heinr. Berisch 40, Ernst Eisinger, Rosa Schück, Karoline Fleit, Sam. Eisinger, Auguste Wesely je 30, Norbert Berisch, Wesely Josef, Bernh. Weitzmann, R. Eisner je 20, Sigm. Berisch, Herm. u. Paul Rosenfeld je 15, Vally Hirschfeld, Ing. Weitzmann, Karl Eisner, Ing. H. Abeles, Unleserlich je 10, zusammen K 415.—

Bisenz: Tempelspenden: Oberrev. Alfred Hain K 10.—

Eibenschitz: Tempelspenden: Gustav Neubauer-Sannek 50, Sigm. Steiner 10, Max Neubauer 3, div. unter 5, [illegible] K 70.10

[illegible]: „Makkabi" Reinertrag einer Veranstaltung 100, Josef Goldschmidt Thoraspenden 10, zusammen K 110.—

Ung.-Hradisch: Heinr. Frankl 10, Ottilie Munk, Ertrag einer Wette 10, anl. Hochzeit Fuchs-Spitz: Familie Spitz 100, Sigm. Fuchs 50, Familie Zaitschek 100, Ernst Langer 100, Pepi Braun, Jetti Jellinek, Familie Eisner je 10, Ida Winter, Klopper, Ida Jellinek, Teri Löwy, Irene Hayek, Olga Munk, Olga Schindler, Berta Kohn, Irma Klein je 5, Otto Fuchs d. Z. K 100, zusammen K 440.—

Wall.-Meseritsch: Sammelbogen Erich Löw: Dr. Norbert Lazarus 50, L. M. Schön je 50, S. Weinstein 30, N. Neugebauer, Leop. Schrötter, Leop. J. Graus, Anna Reiß, Knöpfelmacher je 20, Sim. Weinstein, S. Schön, Olga Donath, Max Reiß, Josef Rieß, Unleserlich je 10, Leop. Blau, Th. Steinhardt, Josef Goldberger, div. unter 5, zusammen K 338.—

Summe der Allgem. Spenden K 1388.10

Oelbaumspenden.

Bisenz: Anl. Herzls Todestages: Alfred Juhn, Fritz Klein je 30, Dr. Gabriel Klein, Adolf Löwy, Emil Reich, Liesl Kuhner je 15, zusammen 4 B. im Herzlwald K 120.—

Selbstbesteuerung.

Pohrlitz: Jul. Hüttner K 40.—

Jahrzeitspenden.

Ung.-Hradisch: Hugo Berger 20, Herm. Klein 10, zus. K 30.—

Büchsenleerungen.

Gaya: Sandor Cucka 32, Karl Placek, Moritz Placek, Robert Stein je 10, Jos. Hayek 5, Rud. Adler 3, zusammen K 70.—

Karwin: Unger Benj. 182, Gottlieb Leop. 98, Wachner S., Wohlmuth 80, Jelinspiez 48, Löwy Hugo 40, Neiger N. 38,

33, Herz M. 30, Schneiber 20, S. Drucker 14.46, Flach W. 11, Ornstein M. 10, Seidmann 9, Graustein Lev 7.35, zus. K 781.81

Straßnitz: Walter Spitz, Wagstadt 130, Isabella Reiß 53.50, Otto Königstein 51, Lesehalle 48.56, Siegfr. Kornfeld [illegible]0.06, Josef Eisinger 38.1[illegible], Herm. Felix 36.50, Dr. Ig. Robitschek 36.38, Josef Zehngut 33.28, Rosa Winter 33.02, Max Siebenschein 30.78, Rebtisch Joh. 22, Josef Mandler 20.23, Sigmund Rebenwurzel 20.36, Teller Moritz 14.84, Marko Valentin 14.20, Eduard Fuchs 13.60, Elkan Heutler 14.60, Moritz Reiß 12.62, Pinkas Kornfeld 11.80, Moritz Glück 10.22, Karl Schön 10, Amalie Mandler 10.66, Max Spitzer 9.72, Bela Gärber 9.52, Jenny Deutsch 8.80, Ph. Mandler 8.42, Max Hahn 8.36, Robert Siebenschein 8.60, Lazar Königstein 7, Sam. Müller 6.22, Rosalie Weitzmann 6.06, Moritz Grünwald 6.32, Berth. Rebenwurzel 5.70, Tempelbüchse 5.62, Siegfried Winterstein 5.51, Sam. Pick 5.78, Artur Zaitschek 5.80, Stefanie Stolfa 5.40, Max Zaitschek, Isidor Botstieber, Isidor Reiß, Max Reiß je 5, div. unter 5, zusammen K 856.96

Ung.-Hradisch: Schindler Karl 253.70, Berth. Munk 40, Cafe Braun 27.60 u. 1 b.-ö. K, S. Weil 16, [illegible]inek 15, Zweigenthal 13, Berger 13.58, Hahn Otto 19, Trost 11.64, Grünhut Ed. 10.40, Dr. Jellinek 10, Weiß 9.90, Kann 8.40, Wobak 8, Dr. Winter Otto 7.60, Kohn Fanni 7.20, Kohn Therese, Adler Robert je 7, Fuchs Sigm. 6.26, Dr. Kollek 6.50, Traub 5.90, Joll Moritz 5.60, Adler Leo, Telber, Morgenstern je 5, div. unter 5, zus. K 681.85

Wolframs: Josef Spitzer K 91.—

Summe der Büchsenleerung	K [illegible]1.62
Ausweis 85 [illegible]	K [illegible]910.0[illegible]
Zuletzt ausgewiesen	K 1[illegible]0.652.2[illegible]
Gesamtsumme bis 23. Sept. 1921	K 194.562.20

Materialien: Eibenschitz 8, Ung.-Hradisch 49.50, Eiwanowitz 22, zusammen K 79.50

Israelit. Kultusgemeinde in Mähr.-Ostrau

Mähr.-Ostrau, am 27. September 1921.

Kundmachung.

Vom Vorstande der israel. Kultusgemeinde werden die Tempelbesucher darauf aufmerksam gemacht, daß ein Tempelsitz nur von einer Person und zwar von derjenigen, auf welche die gelöste Sitzkarte lautet, benützt werden darf. Es ist daher niemandem gestattet, auf seinen Sitz noch eine zweite Person oder Kinder mitzubringen.

Der Präsident:
Dr. Alois Hilf, m. p.

Bernfeld, Das jüdische Volk u. seine Jugend	K 8.—
Birnbaum, Um die Ewigkeit, gebunden	17.—
broschiert	13.—
Birnbaum, Gläubige Kunst	[illegible]
Buber, Rabbi Nachman	[illegible]
Buber, Drei Reden	8.—
Buber, Cheruth	[illegible]
Buber, Vom Geist des Judentums	8.—
Buber, Die jüdische Bewegung, 2 Bände je	39.—
Bernfeld, Baumgarten	18.—
Hirsch, Neunzehn Briefe über Judentum	9.—
Kaufmann, Vier Essais	6.—
Klatzkin, Krisis und Entscheidung	45.—
Mendelssohn, Jerusalem	9.—
Nationalkalender 5680, illustr.	8.—
Struck—Zweig, Das ostjüdische Antlitz, geb. ill.	75.—
Treue, Ein Sammelbuch	5.—
Vom Judentum, Ein Sammelbuch	12.—
Zollschan, Revision des jüdischen Nationalismus	2.—

[illegible] Selbstverlag [illegible] — Verantwortlich Josef [illegible], Ostrau.